

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgepaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vorwärts, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 174.

Sonnabend, den 27. Juli 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die chinesische Revolution.

Vor einiger Zeit hat Dr. Sunyatsen in Shanghai eine Rede gehalten, die für den europäischen Sozialisten interessant genug ist. Sie zeugt von einer für einen Chinesen schätzenswerten Klarheit über die vom Gange der Dinge dem neuen China gestellten Aufgaben und eine Sicherheit in der Wahl der Maßnahmen, die notwendig sind, um die Entstehung einer neuen Despotie, die vielmal schlimmer ist als die gestürzte, der des Kapitalismus, zu verhindern. Durch die Rede wird die Meinung nicht unwesentlich eingeschränkt, der Kapitalismus habe nun in China seine prächtigste Gelegenheit zur ungehemmten Verfolgung seiner Pläne und eine durch nichts gestörte Proflutquelle erhalten. Gewiß, der Kapitalismus wird China heimsuchen, wie jedes andere Mehrwert verprechende Land. Ihn auszuschließen, ist weder möglich, noch liegt es im Interesse der Entwicklung der neuen Republik. Wohl aber kann kluge Voraussicht ihm in seinen Wiegensjahren Fesseln anlegen, die seine Uppigkeit auf Kosten des Volks ganzes hintanhält. Das Haupt der revolutionären Partei Chinas glaubt dies möglich durch eine Reformierung der Grundsteuer. Doch lassen wir ihn selbst sprechen. Nach dem „Chinesische Recorder“ sagte Sunyatsen:

Die Republik ist in China nun etabliert. Wenn ich das Amt als provisorischer Präsident der Republik niedergelegt habe, so soll das nicht heißen, ich wolle aufhören, für unsere Sache zu streiten. Im Gegenteil. Durch die Niederlegung meiner Funktion habe ich Freiheit und Muße bekommen, meine Kräfte den viel größeren Aufgaben zuzuwenden. China stand 270 Jahre lang unter der Herrschaft der Mandschus. Während dieser Zeit ist wiederholt versucht worden, die Unabhängigkeit zurückzuerobieren. Die Taiping-Rebellion vor einem halben Jahrhundert war ein solcher Versuch. Jedoch war dies nur ein Rassenkrieg. Selbst wenn dieser Aufstieg erfolgreich gewesen wäre, das Land würde dennoch unter einem autokratischen Regime weiter zu leiden gehabt haben.

Vor einigen Jahren kamen einige unter uns in Japan zusammen, und wir gründeten die Revolutionäre Partei. Drei große Grundsätze wurden aufgestellt:

1. Die Freiheit der chinesischen Rasse.
2. Die Regierung des Volkes durch das Volk.
3. Ausschließliches Verfügungsrecht des Volkes über die Produkte des Landes und seiner Arbeit.

Die beiden ersten Grundsätze sind durch die Abdankung der Mandschudynastie realisiert worden; die ökonomische Umwälzung zu realisieren, bleibt uns noch. Sie ist heute der Gegenstand der allgemeinen Diskussion; nur versteht die Mehrheit des chinesischen Volkes nicht die ganze Tragweite dieser Frage. Sie nimmt an, der Zweck der politischen Wiedergeburt Chinas sei einzig und allein, aus ihm einen mächtigen, den großen Nationen des Westens ebenbürtigen (Militär-) Staat zu machen. Aber das ist nicht das Ziel unserer Anstrengungen.

Es gibt heute keine Nationen, die reicher sind als England und Amerika, und keine, die aufgeklärter ist als Frankreich. England ist eine konstitutionelle Monarchie und Amerika und Frankreich sind Republiken. Dessenungeachtet ist in allen diesen Ländern die Luft zwischen Armen und Reichen zu groß, und die Idee der Revolution bewegt die Hirne ihrer Bürger. Wenn sich dort eine soziale Revolution nicht vollzieht, bleibt die Mehrheit des Volkes von dem Wohlstand und der Lebensfreude ausgeschlossen. Heute ist die Glückseligkeit nur auf eine kleine Zahl Kapitalisten beschränkt. Die Masse der Arbeiter leidet bitter weiter und kann keinen Frieden haben.

Die Revolution einer Rasse, wie auch eine politische Umwälzung, sind leicht zu vollziehen; aber die Umwälzung der Gesellschaft ist schwieriger. Nur ein Volk von großer Vollkommenheit ist fähig, eine soziale Revolution durchzuführen.

Einige sagen: Bis hierher war eure Revolution ein Erfolg. Warum nun nicht zufrieden sein und abwarten? Warum versuchen, zu vollenden, was England und Amerika mit ihrem Reichtum und ihrer Wissenschaft bis heute unterlassen haben zu versuchen? Den Ratschlag, der aus diesen Fragen spricht, zu befolgen, wäre eine schlechte Politik; denn in Amerika und England sind Zivilisation und Industrie entwickelt, eingewurzelt, und eine soziale Umwälzung wird darum schwer sein. Wir in China sind noch nicht soweit. Eine soziale Revolution ist für uns verhältnismäßig leicht; wir sind in der Lage, dem kapitalistischen Regime vorzubauen. In den kapitalistischen

Ländern werden die bestehenden Interessen sehr wirksam verteidigt und es ist schwer, sie auf eine andere Basis zu bringen. In China gibt es bis heute weder befestigte Interessen noch Kapitalisten, aus diesem Grunde ist eine soziale Umwälzung relativ weniger schwierig. Man fragt mich oft, ob eine solche Umwälzung die Anwendung von Waffengewalt notwendig mache. In Amerika und England ja, aber nicht in China. Der Streik der britischen Kohlengräber bestätigt meine Worte, und doch war dieser keine Revolution, sondern nur einfach der vom Volke ausgedrückte Wunsch nach Besitz der Reichtumsquellen des Landes, und es scheint, daß nur durch Gewalt dieses Verlangen erfüllt werden wird. Es mag freilich sein, daß (auch für uns) der Vollzug einer sozialen Umwälzung schwierig werden kann, aber wir vermögen doch immerhin die Stunde zu sehen, wo sie zur vollendeten Tatsache wird, und haben nicht nötig, von verzweifelten Mitteln zu sprechen oder von einer Gefahr für den Staat, die ihre Realisierung erfordern oder mit sich bringt.

Wenn wir am Anfang des Bestehens der chinesischen Republik unterlassen würden, uns gegen die in sehr naher Zukunft winkende Etablierung des kapitalistischen Regimes zur Wehr zu setzen, so würde uns ein neuer Despotismus erwarten, ein Despotismus zehnmal schrecklicher als der der Mandschus, und Ströme Blutes würden notwendig werden, uns wieder davon zu befreien. Welch traurige Perspektive!

Eine Frage erheischt insonderheit unsere ganze Aufmerksamkeit: Soll unsere Regierung befestigt ist, wird es notwendig werden, die Frage des mobilen Eigentums zu regeln. Das ist die notwendige Folge der Revolution. Das Interesse des Fortschritts gebietet es. Bis heute entrichten die Grundbesitzer eine Steuer für den Flächeninhalt ihres Bodens, der in drei Klassen eingeteilt worden war: in guten, mittelmäßigen und gewöhnlichen. In Zukunft wird die Basis der Steuer der Wert des Grundbesitzes zu bilden haben, denn die Qualität des Bodens variiert weniger gleichmäßig als in drei Klassen vorgelesen. Es ist schwer zu sagen, in welchem Maße der Wert des immobilien Eigentums in Nanking mit dem am Bund (die prächtige europäische Geschäftsstraße) in Shanghai variiert und mit der Anwendung der bisherigen Methode wäre nicht zu einer gerechten Steuereinschätzung zu kommen. Der hochwertige Grund und Boden gehört reichen Leuten. Diese mit einer höheren Steuer zu belegen, würde keine Unterdrückung bedeuten. Der minderwertige Boden gehört armen Leuten, die in weit abgelegenen Distrikten wohnen; diese sollten so gering wie nur möglich besteuert werden. Heute wird für den Grundbesitz am Bund und für den des Bauern der gleiche Steuersatz erhoben. Und der Wert des Baugrundes in Shanghai ist im letzten Jahrhundert zehntausendmal gestiegen.

China ist am Vorabend einer gewaltigen industriellen Entwicklung; der Handel wird sich in ungeheurer Weise ausdehnen, und in fünfzig Jahren werden wir viele Städte wie Shanghai haben. Wir brauchen nur die Klugheit zu besitzen, unsere Zukunft richtig zu deuten. Wir haben gleich jetzt festzulegen, daß der wachsende Wert des immobilien Besitzes dem Volke zugute kommt, das ihn allein geschaffen hat und nicht den privaten Kapitalisten, die nur durch Zufall zu Grundbesitzern wurden.

Soweit Sunyatsen. Ob diese klugen und staatsmännlichen Gedanken gegenüber den Ausbeutungstendenzen des in- und ausländischen Kapitals und den mannigfachen konterrevolutionären Mächten zum Trost werden durchgeführt werden können, ist eine Frage, die sich erst im Laufe der Zeit beantworten läßt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Bezirkskommando als Werbebureau für Kriegervereine.

Im „Berliner Tageblatt“ findet sich ein Artikel des Reichstagsabgeordneten Gothein über „Die Standeshere des Offizierkorps“, in dem gegen den Rastengeist des Offizierkorps vom Leber gezogen wird. In der vom militärischen Mandarinentum errichteten chinesischen Mauer werden aber die papiernen Geschosse des liberalen Abgeordneten abprallen, so lange man sich auch in den Kreisen des besitzenden liberalen Bürgertums darum reizt, mit diesem Offizierkorps gesellschaftlich oder gar verwandtschaftlich in Berührung zu kommen, mindestens aber es bis zum Reserveoffizier zu bringen. Dabei sollten doch unsere Liberalen nachgerade wissen, daß das Anziehen des Reserveoffiziersrockes gleichbedeutend ist mit dem Aufgeben seiner freien politischen Überzeugung. Die Bezirkskommandos, denen die Reserveoffiziere unterstellt sind, zwingen diese geradezu in die Knechtschaft der schwarzenen

Reaktion. Folgende dem „Vorm.“ zugeflogene dienstliche Anfrage, die offenbar an alle in Berlin und den Vororten lebenden Reserveoffiziere ergangen ist, beweist das klar und deutlich:

„Bezirks-Kommando Schöneberg, den
I. Berlin General-Pape-Strasse.

S. II Nr. . . . Nr.-B.

Gegen Rückgabe.
Dem Königl. Leutnant d. R.
Herrn
Wohlgelobten.

Euer Hochwohlgeboren haben hierunter zu melden, ob und evtl. welchem Krieger-Vereine Sie angehören unter gleichzeitiger Angabe der Dauer der Mitgliedschaft. Diese Meldung wird eingefordert, weil höheren Orts großes Gewicht darauf gelegt wird, daß die Offiziere des Beurtaubtenstandes tätige Mitglieder der Krieger-Vereine, soweit dieselben dem Landes-Krieger-Verbande angehören, sind.

U. B.: Christiani, Major.
„Höheren Orts“ wird also „großes Gewicht darauf gelegt“, daß die Reserveoffiziere sich in der Schutztruppe er Reaktion, denn anderes sind die Kriegervereine nicht, hervorragend betätigen. Hat man doch schon erlebt, daß selbst Nationalliberale nicht als subtenreim im kriegervereintechnischen Sinne galten. Und wieviel Reserveoffiziere mögen wohl diesen „höheren“ Druck auf ihre politische Gesinnung entschieden zurückgewiesen haben? Man wird sie mit der Laterne suchen können. Was nutzen aber alle liberalen Angriffe auf den Rastengeist des Offizierkorps, wenn man sich jedem von oben kommenden Wunsche fügt. Es gibt freilich ein Radikalmittel, dem politischen Terrorismus der Militärbehörde ein Ende zu bereiten: die liberale Bourgeoisie brauchte nur ihre Söhne und Angehörigen vom Offizierberufe fernzuhalten oder sie zum Verzicht auf die Reserveoffizierwürde zu veranlassen. Bei unserer ins Riesenhafte gewachsenen Heeresorganisation müßte die Militärbehörde bald klein beigeben. Aber soweit reicht die liberale Courage nicht.

Herrenmenschen in Deutsch-Ostafrika.

Wie sehr unseren Anstrebarn und ihrem Nachwuchs, so dürftig es damit auch noch bestellt ist, bereits der koloniale Koller des Herrenmenschen zum Kopf gestiegen ist, beweist folgende Notiz der „Deutsch-Ostafrikanischen Rundschau“, die Daresalam, 1. Juni 1912 datiert ist:

„Die Herrenstellung der Europäer gegenüber den Eingeborenen wird leider nur zu häufig von Angehörigen der weißen Rasse in solcher Weise ausgelegt und zu Ausschreitungen benutzt, die, mag man sie ansehen, wie man will, schwer zu adeln sind. Darunter gehört auch das grundlose Hezen von Hunden auf Eingeborene. Vor einigen Jahren konnte man regelmäßig abends in einem hiesigen Hotel einen älteren Herrn bemerken, der, in der Veranda sitzend, seinen Terrier auf vorübergehende Boys hegte und seine helle Freude daran hatte, wenn sich der Hund in das Kanju des Jungen festbiß. Daß der Köter dem Jungen die Kleidung zerriß, das störte den Braven absolut nicht, im Gegenteil, er konnte sehr unangenehm werden, wenn ein Boy Miene machte, den Hund abzuwehren. Und dieser Fall steht nicht vereinzelt da. So konnte man erst vor einigen Tagen drei in der Dämmerstunde spazierengehende Europäer beobachten, die einen in ihrer Begleitung befindlichen großen Hund auf mehrere kleine Negerjungen zu hezen versuchten, die am Wege spielten. In diesem Falle dachte der Hund allerdings anständiger als seine Herren und reagierte nicht. Ein aufmerksamer Beobachter des Straßenlebens unserer Stadt erzählte uns, daß er gesehen habe, wie ein kleiner Europäerjunge sich allabendlich vor dem Geschäftslokal seines Vaters aufstellte, um den von ihrer Arbeit kommenden Negerboys auf die Kanjus zu spucken. Wurde einer der so attackierten Boys ungemütlich, so stürzte der Vater wutentbrannt mit dem Rufe auf die Straße: „Willst ablassen, du Schenzi du!“ Das sind alles recht bedauerliche Vorfälle, die zusammen mit dem Verhalten mehrerer Weißen gegenüber den Rickschawboys einen nicht unwesentlichen Grund für die sogenannte Negerrecht bilden, und dem Prestige der weißen Rasse keineswegs zu dienen sind. Würde im Auftreten und Mäßigung im Benehmen fördern die Wahrung der Herrenstellung der Europäer viel mehr als solche kleine Gewalttätigkeiten, die nur Erbitterung und versteckten Haß hervorrufen.“

Wie die Alten Jungen, so spucken die Jungen! Und wenn sich schon in einem Nest wie Daresalam, wo kaum

eine Handvoll Weiser vorhanden ist, der Übermut unserer kolonialen Herrenmänner so austobt, so kann man sich eine Vorstellung machen, welche Früchte unsere kolonialistische Eingeborenenbeglückung erst tragen würde, wenn Deutschland erst einmal gleich England und Frankreich wirkliche Kolonialreiche zu verwalten hätte!

Reichsrätliche Regierungskritik.

Im bayrischen Reichsratsausschuß für den Etat des Innern setzte Graf Voerring seinen Kampf gegen die Monarchie und Staatsautorität erschütternde Politik des Ministerpräsidenten v. Herling fort; er wurde darin zum Teil von dem früheren Ministerpräsidenten v. Crailsheim unterstützt. Hinsichtlich der Befähigung von Sozialdemokraten als Bürgermeister wäre es besser gewesen, es bei der bisherigen Praxis zu belassen und die Befähigung zu erteilen. Der Jesuitenverlaß sei ein großer taktischer Fehler gewesen. Die Jesuiten hätten für die Belehrung der großen Masse keinen Wert. „Das Hauptfeld ihrer Tätigkeit seien vielmehr die höheren Kreise; wer Gelegenheit habe, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen, werde zu geben, daß es besser wäre, die Jesuiten fernzuhalten.“ Die Kulissen, hinter die Graf Voerring zu blicken Gelegenheit hat, sind die Kulissen seiner Wittelsbacher Verwandtschaft. Graf Voerring verteidigte dann die Feuerbestattung und verspottete die Regierung, die sich „hinter einige wackelige Paragraphen verschanze, anstatt offen und mit der ganzen ihr zur Verfügung stehenden Autorität den Versuch zu machen, die kirchlichen Oberbehörden zu beeinflussen, den ablehnenden Standpunkt aufzugeben.“

Der Referent des Ausschusses, Herr v. Kramer-Klett, eine feudale Nachgeburt des jüngsten Industriekapitalismus, Protektant durch Familienzwang, klösterlich-klerikal-zentriert aus Neigung, brachte neben den bekannten reaktionären Schranken manches verständige vor: er forderte Fintelhäuser, Säug unehelich gebärender Frauen, Wohnungsreform, Gartenstädte.

Preußen in Bayern voran!

Im Ausschuß des bayrischen Reichsrats, der den Etat des Innern behandelt, hat Minister v. Soden für seine grundsätzliche Nichtbefähigung von Bürgermeistern, die zielbewusste Sozialdemokraten seien, seine Freude darüber ausgedrückt, daß die bayrische Regierung in voller Übereinstimmung mit der preussischen Staatsregierung sich befindet. Damit wird endlich offen zugegeben, daß die neue bayrische Praxis auf Befehl der preussischen Oberherrlichkeit zur Durchführung gelangt. Herr von Soden scheint aber nicht zu wissen, daß er gerade in dieser Hinsicht eine Erbschaft der früheren Regierung übernommen hat. Preußen sucht seit Jahr und Tag die Nichtbefähigung von Sozialdemokraten in ganz Deutschland durchzusetzen. Bayern leistete anfangs einigen Widerstand. Im Spätsommer vorigen Jahres, während der Marokkominuten, hat sich jedoch die frühere bayrische Regierung bereits unerbittlich bereit erklärt, sozialdemokratische Bürgermeister künftig nicht mehr zu befähigen unter dem Vorwand, daß der amtliche Mobilisierungsdienst sichergestellt werden müsse. Der neue Minister des Innern scheint bei Übernahme seines Amtes eine förmliche Verpflichtung eingegangen zu sein, die Befähigung sozialdemokratischer Bürgermeister künftig in allen Fällen zu verjagen.

Amthliche Denkschrift über die Zeitungsabonnenten-Versicherung.

Wie der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung im Verfolg der Erörterungen über die Abonnentenversicherung durch Zeitungen im Reichstage bei den Verbündeten Regierungen eine Umfrage veranstaltet, die umfassenden Stoff zur Beurteilung dieser Frage geliefert hat. Auf Grund der erhaltenen Materialien, die sich aus der Beantwortung einer Reihe eingehend spezifizierter Fragen ergeben haben, wird eine Denkschrift ausgearbeitet, die nach Fertigstellung, wahrscheinlich zur kommenden Reichstagstagung, dem Reichstage vorgelegt werden wird. Die Materialien der Denkschrift vorzulegen, ausreichende Klarheit darüber zu geben, ob ein gesetzliches Eingreifen in dieser Frage notwendig sein wird.

Zu den Kriegsrüstungen in Permanenz.

Die englischen Marinerrüstungen stehen zurzeit im Vordergrund der politischen Erörterungen und neuen Stoff hierzu geben die Reden der englischen Minister, die diese täglich in den englischen Parlamenten halten. Vielleicht am den Eindruck der Reden des Marineministers Churchill, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich und Italien ein wenig Beirernden hervorgerufen haben, abzumachen, hat Premierminister Asquith am Donnerstag im englischen Unterhause die Friedensliebe Großbritanniens betont, das mit der ganzen Welt in Eintracht leben wolle. Gleichzeitig hob der englische Premier hervor, daß die Beziehungen Großbritanniens zu Deutschland voll guter Freundschaft und guten Willens sind.

Auch der Minister des Auswärtigen, Sir Edward Grey, der nach Asquith im Unterhause das Wort nahm, blies in die Friedensschalmeie. Er sprach die Hoffnung aus, daß die internationale öffentliche Meinung in Zukunft so mächtig werde, daß man in Fällen von Streitigkeiten nicht mehr an die Gewalt, sondern an andere Instanzen appellieren würde. Er meinte auch, daß die wachsende finanzielle Abhängigkeit der Nationen von einander ihre Wirkung tun werde.

Die Rede Asquiths wird von dem offiziösen inspirierten Mitarbeiter der „Köln. Zeitung“ wie folgt kommentiert: Es weit sich seine Ausführungen mit Deutschland beschäftigen, haben wir wohl keinen Grund, mit ihnen unzufrieden zu sein. Im Gegenteil, der freundliche Grundton, auf den Herr Asquith seine Worte über die gegenwärtigen deutsch-englischen Beziehungen, über die frühere Wendung Lord Haldanes und auch über die Persönlichkeit unseres neuen Londoner Botschafters gestützt hat, darf bei uns durchaus auf ein entsprechendes Echo rechnen. Auch kann es den freundlichen Eindruck der Rede des Herrn Asquith kaum verwirren, wenn er am Schluß in Übereinstimmung mit dem Marineminister wiederum betont, daß England sein Übergewicht zur See behalten möge. Deutschland hat ja niemals Unklarheit darüber gelassen, daß es nicht daran denkt und auch gar nicht denken konnte, die Überlegenheit zur See für sich zu be-

ansprechen, und die verantwortlichen Kreise Englands geben sich auch, wie die zweite Rede des Herrn Churchill bewies, über diesen Punkt durchaus keinen Besorgungen hin, denn der Marineminister schloß damals die Darlegung seines Programms für die nächsten Jahre damit, daß er England als den Herrn der Lage bezeichnete und jeden Grund zu Panik oder Alarm weit von sich wies. Somit scheint doch hüben und drüben eine gewisse Übereinstimmung der Ansichten vorzuliegen und wir sprechen nun wiederum den Wunsch aus, daß man in England die Fürsorge für die deutsche Flotte mit demselben Gleichmut und derselben Ehrlichkeit ansehen möchte, wie wir es im Hinblick auf die englischen Flottenrüstungen tun.“

Neben den Friedensversicherungen der englischen Minister soll sicher auch die vom König erfolgte Einladung des deutschen Botschafters in London das aufgebrauchte deutsche patriotische Gemüt befähigen.

Der Oberstleutnant a. D. als Krankenkassen-Verband.

Das Versicherungsamt in Bochum, unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters, hat am Mittwoch dem 25. Juli den vor einigen Monaten ganz unerwartet aus seiner Stellung als Bezirkskommandeur ausgeschiedenen Oberstleutnant Meyer als Rentanten der Ortskrankenkasse ernannt, gegen den Protest der zentrumschristlichen Mehrheit im Kassenvorstand, die einen früheren christlichen Gewerkschaftssekretär in die Rentantenstelle hineinschieben wollte. Das Selbstverwaltungsrecht ist völlig aufgehoben worden. Die Rute, die der schwarzblaue Block mit der Reichsversicherungsordnung der Arbeiterschaft gebunden, bekommen die Christen jetzt zuerst zu fühlen; das ist das einzige Erfreuliche bei der Sache. Was die sozialdemokratischen Redner im Reichstage immer gesagt und die sozialdemokratische Presse von vornherein geschrieben, nämlich, daß das Selbstverwaltungsrecht nur deshalb beseitigt worden sei, um pensionierten Offizieren Protzstellen zu schaffen, und nicht, wie es heißt, Vorkämpfer zu treffen, daß nur die persönliche und fachliche Tüchtigkeit bei der Anstellung der Kassenbeamten garantiert sein solle, ist beim ersten Male schon gleich eklatant in die Erscheinung getreten: Der Oberstleutnant bringt keine andere Empfehlung für seinen neuen Beruf mit, als daß er sage und schreibe 6 Wochen tagsüber einige Stunden im städtischen Bureau für Arbeiterversicherung sich umgesehen hat. Von Sach- und Fachkunde kann also keine Rede sein. Man verlangt von diesen militärischen Rentanten noch nicht einmal so praktische Übung, als sie ein Schreiberlehrling besitzt, und das beweist, daß das von der Regierung und ihren christlichen Handlangern so sehr betonte Sachinteresse nur ein billiger und gewiß geschickter Vorwand für die Durchführung der Absichten der Regierung war. Selbst die erst kürzlich publizierte Verfügung des Ministers, daß die als Kassenbeamte in Frage kommenden Offiziere eine Vorbereitungszeit von mindestens 2 Jahren durchgemacht haben und nachdem eine Abiurverpflichtung bestehen sollten, erweist sich als dem Bochumer Beispiele auch wieder lediglich als ein Beruhigungspulver für den über diese Praktiken empörten Teil des Volkes, praktisch handelt man anders.

Kraetke will reisen.

Einer Nachrichtenstelle zufolge trägt sich Staatssekretär Kraetke bestimmt mit der Absicht, im Mai oder Juni des nächsten Jahres nach Verabschiedung der Postschekordnung und des Posthaushalts, seinen Abschied zu nehmen und eine Weltreise anzutreten.

Es ist erfreulich, zu hören, daß der Reichspostmeister sich einmal in der Welt umsehen will. Wegen dieser Reise würde sich kein Rücktritt aber nicht nötig machen; denn auch der Kolonialminister Dr. Solf macht als solcher Studienreisen in Afrika. Voraussetzen muß man allerdings, daß der Staatssekretär des Reichspostamts auf einer solchen Reise von anderen Staaten etwas lernt; denn unser Postwesen läßt noch vieles zu wünschen übrig.

Das letzte Aufblühen des elsass-lothringischen Nationalismus.

In Kolmar (Els.), dem Herd des elsass-lothringischen Nationalismus, ist eine Ortsgruppe des „Souverier francais“ alias „Souverier alsacien-lorrain“ gegründet worden. Nachdem bei den letzten Landtagswahlen die Nationalisten trotz ihrer marktschreierischen Reklame auch nicht einmal einen Achtungserfolg erringen konnten, flüchteten sich ihre Führer, Wetterlé, Preis, Blumenthal unter die Fittiche des elsassischen Zentrums. Die letzten Vorgänge, die plumpe Diplomatie der elsass-lothringischen Regierung, der preussische Schein der Reichsregierung im Falle Graffenstaden, scheinen die Protestler zu neuen Taten ermuntert zu haben. Die jahrelange Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie unter der Kleinbauernschaft und Kleinindustriearbeiter hat dafür gesorgt, daß der nationalistische Rummel immer mehr als das anerkannt wird, was er ist, ein Steigbügel der Persönlichkeitspolitik des Abg. Wetterlé und der bei den letzten Wahlen durchgefallenen Abgg. Blumenthal und Preis. Von den 900 Eingeladenen hatten nur 22 Personen der Einladung Folge geleistet.

Wozu das Geschrei?

Gleich nachdem die Flottenrede des englischen Ministers Churchill bekannt geworden war, geberdete sich das Panzerplatten-Organ, die „Post“, wie toll, verlangte sofort mindestens eine Beschleunigung der vom Reichstag bewilligten Schiffsbauten. Jetzt plötzlich hat das Blatt entdeckt, daß England keine Flotte in absehbarer Zeit garnicht erheblich vermehren kann und zwar wird dazu begründend ausgeführt:

Man muß sich vergegenwärtigen, daß ein jeder der Kolosse ungefähr zehn Millionen Mann-Arbeitsstunden erfordere. Das schlimmste ist der Mangel an geschulten Arbeitern. Die Hauptschuld tragen die Bestimmungen der Trade-Unions für die Lehrlingeinweisung, die bezwecken, den Vorrat an geschulten Arbeitern klein zu halten, um die Lohnsätze zu steigern. Der Zweck ist allerdings erreicht. Auf einzelnen Werften erschienen die Leute erst um 9 Uhr vormittags, weil sie ihre Unentbehrlichkeit kennen. Und es droht eine noch größere Gefahr. „Engineering“ weist darauf hin, daß das Abkommen für die Arbeiter im

Schiffsbauwerke bald abläuft und daß bei einer Neuerung stets die Möglichkeit von Störungen vorliegt. Zudem: es fehlt der Flotte an Mannschaften.“

Na also! Wozu dann das Geschrei? Vielleicht entschließt sich die englische Regierung dazu, den deutschen Werften einige Aufträge zu überweisen.

Wir zweifeln keines Moment daran, daß deutsche Unternehmer es jederzeit mit ihrem patriotischen Gewissen vereinbaren könnten, für England Schiffe zu bauen.

Zur Reichstagsnachwahl in Pfarrkirchen.

Der Gauvorstand für Südbayern richtet, wie wir der „Münchner Post“ entnehmen, an die sozialdemokratischen Wähler im Wahlkreis Pfarrkirchen folgenden Aufruf:

„Durch das Ableben des Abg. Bachmeier ist eine Neuwahl zum Reichstage notwendig geworden. Die Wahl findet am Montag, dem 5. August 1912, statt. Da die Parteigenossen des Wahlkreises erst in diesem Jahre Gelegenheit hatten, ihre Stimmen zu zählen, hat der Gauvorstand beschlossen, sich nicht an der Nachwahl zu beteiligen, um den Organisationen Arbeit und Opfer zu ersparen. Wir ersuchen daher die Genossen im Wahlkreis,

sich der Wahl zu enthalten, und darauf zu achten, daß diese Parole streng eingehalten wird. Nach der Lage im Wahlkreis haben Bauernbund und Zentrum den Kampf auszutragen. Es ist selbstverständlich, daß die denunziatorische und volksfeindliche Zentrumsparterie unter keinen Umständen eine sozialdemokratische Stimme erhalten darf; es besteht aber auch keine Veranlassung, den Bauernbund zu unterstützen.“

Bei den letzten Reichstagswahlen war das Stimmverhältnis im Wahlkreis Pfarrkirchen: Bayerischer Bauernbund 9882, Zentrum 7722, Sozialdemokratie 1228.

Das neue Strafgesetz in der Bearbeitung.

Der Strafrechtsausschuß, der zur Beratung des Entwurfs des neuen Reichsstrafgesetzbuchs eingesetzt ist, und von dem man so wenig hört, beginnt am Montag, dem 16. September, im großen Sitzungssaale des Reichsjustizamtes die Beratung über die Beleidigungsparagraphen. Die Beratungen finden je an den ersten drei Wochentagen statt. An den Beratungen nehmen auch Sachverständige der verschiedenen Interessengruppen teil.

Mißbrauch der Statistik.

Den Verfechtern der agrarischen Lebensmittelmacherpolitik hat das Kaiserliche Statistische Amt zu einer „Genugung“ verholfen. Nach Untersuchungen, die es über den Fleischverbrauch angestellt hat, betrug im Jahre 1911 der Gesamtfleischbedarf auf den Kopf der Bevölkerung 53,7 Kilogramm gegenüber 51,5 Kilogramm im Jahre 1910, 53,0 Kilogramm im Jahre 1909, 53,3 im Jahre 1908, 52,2 Kilogramm im Jahre 1907. Die Steigerung beträgt also gegenüber dem Vorjahre 3,2 Kilogramm, während sie gegenüber dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre 1,8 Kilogramm beträgt.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ bemerken dazu: „Bedenkt man, daß in den letzten Jahren die Fleischpreise im allgemeinen eine steigende Tendenz aufzuweisen hatten, so muß die erfreuliche Steigerung des Fleischverbrauches doppelt überzeugend wirken in dem Sinne, daß unsere gegenwärtige Wirtschaftspolitik eine andauernde Besserung der Lebenshaltung des gesamten deutschen Volkes im Gefolge hat, trotz allen Geschreies der Freihändler.“

Der amtliche statistische „Nachweis“ wird von dem offiziellen Blatt also in tendenziöser Weise zu einer „Rechtfertigung“ der Lebensmittelmacherpolitik benutzt. Es ist offener Schwindel, aus der allgemeinen Steigerung des Fleischverbrauchs eine „andauernde Besserung der Lebenshaltung des gesamten deutschen Volkes“ zu folgern. Tatsächlich hat die enorme Steigerung der Preise der notwendigsten Lebensmittel, insbesondere des Fleisches und der Fleischwaren, — eine Steigerung, die bei weitem nicht ausgeglichen wird durch die erfolgten Lohnaufbesserungen — zu einer erheblichen Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter und weiten Kreise des Mittelstandes geführt. Dafür sind der überzeugenden Beweise doch wohl genug erbracht. Für Millionen der arbeitenden Klasse ist der Fleischgenuss ein „Lurus“ geworden. Darüber kann kein Mißbrauch der Statistik hinwegtäuschen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 27. Juli.

Parteipflicht. In der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ legt ein älterer Parteigenosse den Genossen auseinander, wie er die Parteipflicht versteht. Das, was der alte Genosse dort schreibt, könnten auch viele unserer Genossen beherzigen:

Es gibt so manchen Parteigenossen, der da glaubt, wenn er seine Parteibeiträge regelmäßig zahlt, seine „Volkszeitung“ liest, bei besonders wichtigen Versammlungen und Kundgebungen nicht fehlt und bei Wahlen sozialdemokratisch stimmt, dann sei er schon ein idealer Parteigenosse, der, wie er meint, seine „Pflicht“ gewissenhaft erfüllt habe. Ein Sozialdemokrat, der gerade nur seine „Pflicht“ tut, der ist aber noch lange nicht der Parteigenosse, wie ihn die Partei und unsere große Sache braucht. Die Sozialdemokratie kämpft länger als ein Menschenalter einen schweren und harten Kampf. Nach manchen Niederlagen sind herrliche Siege errungen worden, unsere stolze Viermillionenpartei ist eine Macht im politischen Leben. Aber nie wären wir so weit gekommen, wenn es unter uns nicht immer Genossen gegeben hätte, die mehr taten als ihre Pflicht, die mit allen Fasern ihres Herzens an der Partei hingen und für sie das Leben einsetzten.

Aus einer solchen Gesinnung heraus berührt es äußerst schmerzlich, wenn wir sehen müssen, daß es unter den Parteigenossen noch immer solche gibt, die abseits von der Partei stehen, oder solche, die lau sind gegenüber der Partei. Ein echter Sozialdemokrat ist nicht ein Mensch, der die Erfüllung der Parteipflichten als eine zwar notwendige, aber lästige Sache ansieht. Ein echter Sozialdemokrat sucht die Gelegenheiten, sich zu betätigen; er fühlt sich mitverantwortlich für die Arbeit in der Partei und ihre Fortschritte. Man sage nicht immer, die „Führer“ werden schon alles machen. Die „Führer“ sind zum großen Teil nur Ausführer. Was in den Genossen ist

Ihre Liebe zur Partei, ihr Opfermut, ihre Hingebung, das ist die Hauptsache; darauf kommt es in erster Linie an. Der einzelne, und sei er der beste, ist ohnmächtig, wenn nicht die Masse hinter ihm steht, wenn sie nicht kraftvoll sich betätigt.

Wir sind eine Kampfpartei! Immer mehr kommt es auf die Mitarbeit des einzelnen an. Die wachsende Armee der Sozialdemokraten muß aus einzelnen Soldaten bestehen, von denen jeder weiß, warum er kämpft, was das große Ziel ist und welche Schlacht wir gerade heute schlagen. Jeder einzelne Soldat der Partei ist wohl geschult, aber er folgt nicht, wie in den Heeren der Herrschenden, in stummer Sklaverei dem Kommando; er weiß, was die Führer wollen und kennt den Preis. Er kennt die große erhabene Lehre des Sozialismus, wie sie unsere großen Meister uns geben, er verfolgt alle Schritte des politischen und sozialen Kampfes an der Hand unserer Tagespresse und steht in den Reihen der politisch organisierten Genossen. Immer kampfbereit heißt es sein und wachsam, damit unsere Feinde nicht triumphieren. Hinweg mit aller Lauheit, die uns nicht vorwärts bringt; nur immer mutig ans Werk gegangen und keinen Tag geruht! Jeder sei ein ganzer Mann, keiner verlasse sich auf den anderen! Parteipflichten sind Ehrenpflichten, die jeder selbst erfüllen muß!

Ein Unfall ereignet am Donnerstagabend ein Straßenbahnfahrer in der Israelsdorfer Allee. In der Nähe der Burgtorwache stürzte der Mann kurz nach 11 Uhr vom Wagen ab und schlug gegen einen Laternenpfahl, wodurch er sich nicht unerhebliche Verletzungen zuzog. Nach Anlegung eines Notverbandes durch einen Arzt wurde der Verunglückte nach seiner Wohnung überführt.

Ein schweres Gewitter entlud sich gestern nachmittag über unserer Gegend. Mehrere kalte Schläge trafen Häuser in der Hundestraße und in der Kaiser-Wilhelm-Straße. Von Brandschäden ist uns nichts bekannt geworden. Mit dem Gewitter war ein starker Regenschauer verbunden.

Die verlorene Schiffsanker gesucht und geborgen werden. Die mehrfachen Ankerfunde der letzten Zeit wecken das Interesse für die schwere und vielfach gefahrvolle Arbeit, der sich die Fischer hierbei unterziehen. Die Suche erfolgt mit Suchdrachen — Greifern mit mehreren Armen — die von gecharterten Schleppdampfern oder den betreffenden Ewern häufig unzähligmale über die mutmaßliche Stelle geschleppt werden, bevor der Greifer den gesuchten Anker faßt. Darauf beginnt die außerordentlich schwere Bergungsarbeit unter ständiger Lebensgefahr der Beteiligten infolge Beschädigungen, die an der Tafel, den Tälchen — Flaschenzügen — Winden und Böcken durch das schwere Gewicht des Ankergeschirrs entstehen können. Die Stahlseile des Greifers wird, nachdem letzterer gefaßt hat, oben im Mast durch einen Block geführt und dann am Deck um eine Handwinde gelegt, die je nach der Schwere des Ankergeschirrs von 6 bis 8 Mann bedient wird, welche mit Ausbietung ihrer ganzen Kraft viele Stunden an der Winde arbeiten müssen, bis endlich der Anker an der Oberfläche erscheint. Häufig muß der mühsam halbhoch gehobene Anker wieder fallen gelassen werden, wenn plötzlich aufkommender Wind und Seegang ein Weiterarbeiten unmöglich machen. Die gefundenen Anker bringen je nach Größe und Liegezeit im Wasser 500—1500 Mark Bergelohn. Bei dem zuletzt gefundenen Anker waren zwei Schlepper und 2 Ewer tätig; infolgedessen erhält der Einzelne von dem in vier Teile zerfallenden Gewinn im Verhältnis zur geleisteten schweren Arbeit nicht allzuviel. Es wurde bei diesem Anker, abgesehen von der manchmal wochenlangen Suche, von dem mittags bis nachts um 8 Uhr, ausgenommen eine zweistündige Pause, ununterbrochen gearbeitet, bezw. gehiebt; dazu kommt das Anlandgehen später und nicht zuletzt der ev. Materialschaden und die häufigen Verletzungen durch die schweren Eisenmassen auf den engen Decks der veralteten Fahrzeuge mit den primitiven Hilfsmitteln.

Doppel-Wadeaufstuf Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 26. Juli, morgens 6 Uhr: Wasser 22, Luft 17, morgens 10 Uhr: Wasser 23, Luft 25; mittags 12 Uhr: Wasser 23½, Luft 27; abends 6 Uhr: Wasser 23½, Luft 24 Grad Celsius.

pb. Festgenommen wurde ein Stadtreisender von hier, der sich der Unterschlagung einer größeren Summe zum Nachteil seines Chefs schuldig gemacht hat. — Festgenommen wurde ein obdachloser Arbeiter, der einem auf der Wanderschaft befindlichen Kellner 25 Mk. und ein Taschenmesser gestohlen hat.

pb. Diebstähle. Auf einer Koppel in Genin ist am 25. d. M. ein Fahrrad Marke „Tornado“ abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Name der Marke steht mit großer weißer Schrift auf der Verbindungsstange geschrieben. Die obere Hälfte der Fahrradglocke fehlt. Das Rad trägt sogenannte Michlinreifen. — Am 15. d. M. ist aus einem Hause in Israelsdorf eine goldene Damenuhr mit langer goldener Kette und ein Portemonnaie mit etwa 17 Mk. gestohlen worden. Die Uhr trägt auf der Rückseite das Monogramm „S. R.“ An der großgliedrigen Kette befindet sich ein Schieber mit 2 Opalen und mehreren Perlen. — In der Nacht vom 21. zum 23. d. M. sind in Travemünde aus mehreren Strandbörden folgende Gegenstände gestohlen worden: eine große braune Kamelhaardecke, eine leibene rotbraune Schlafdecke und ein grüner Kopschäl. — Am 26. ds. Mts. gegen 2½ Uhr ist am Postamt ein Fahrrad ohne Marke mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, nach oben gebogener Lenkstange, Freilauf, Rücktrittbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 4417 gestohlen worden. — Von dem Geländer einer Anlegebrücke, unweit der Drehbrücke, ist ein graues Presenning von sechs Meter Länge abhanden gekommen.

Stadthalle. Man schreibt uns: Sonntag, den 4. August, sowie am Dienstag, dem 6. August, wird Danny Gürtler ein Gastspiel absolvieren. Mit ihm gastieren gleichzeitig „Die Kammerstücke“ unter Leitung Heinrich Liebmann vom Deutschen Theater in Berlin und gelangen einaktige Opern, Operetten und Schauspiel-Sketchs zur Aufführung unter Mitwirkung erstklassiger Kunstkräfte. Danny Gürtler gehört zu den eigenartigsten Erscheinungen der Kunstwelt. Auswärtige Blätter schreiben: Danny Gürtler macht jetzt Clownsprünge, in der nächsten Minute spricht er ernsten Auges von großen guten Dingen. Er will gewürdigt sein. Er hält etwas von sich. Aus seinen Worten klingt es heraus: ich bin nicht all und jeder, und doch will er für all und jeden sein. Er verlangt, daß das ganze Auditorium schrankenlos zu ihm steht. Er macht kein Fehl daraus. Es mag manchen geben, der im Augenblick von Annahme redet — aber der Künstler hat ein so gutes Kinderlachen, ein Lachen, wie es einem reichen Gemüt entspringt, ein befreiendes, sorgloses, ein zuverlässiges Lachen. Er erlebt Enttäuschungen über Enttäuschungen und hofft — stets, ständig, was auch kommt. Das nennt er die Urkraft, die in ihm gärt, brodelnd und überflaumt. Die wirklich interessanten Darbietungen dürften sich regen Zupruchdes erfreuen. Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen sind im Gewerkschaftshaus von Montag ab erhältlich.

Sansa-Theater. Man schreibt uns: Das jetzige Programm übt noch immer seine große Anziehungskraft aus, wofür der allabendlich starke Besuch der besten Beweise ist. Das

ist für die Darsteller natürlich ein Ansporn, ihr Bestes herzugeben, und so geht jeder Besucher vollbefriedigt nach Hause. Am Montag findet wieder eine volkstümliche Vorstellung zu ermäßigten Preisen statt und zwar die letzte vor Beginn der Winterpause; dann wird das Theater wegen Renovierung geschlossen und am 15. August resp. 1. September wieder eröffnet.

Hamburg. Wieder freigegeben. Auf Anordnung des Landrats in Pinneberg wurde gestern das Freibad in Wittenbergen bei Hamburg wieder eröffnet. Auf Veranlassung des Benannten sind jetzt Verhandlungen angeknüpft, die darauf abzielen, durchgreifende Maßnahmen zu treffen, daß Verstöße gegen die bestehenden Polizeiverordnungen nach Möglichkeit ausgeschlossen werden.

Kiel. Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins von Groß-Kiel für 1911/12. Der Aktionsausschuß des Sozialdemokratischen Vereins von Groß-Kiel veröffentlicht seinen ersten Tätigkeitsbericht nach der im vorigen Jahre erfolgten Verschmelzung der einzelnen Ortsvereine von Kiel zu dem Sozialdemokratischen Verein von Groß-Kiel. Der Bericht zeigt, daß die Organisation auf allen Gebieten Fortschritte verzeichnen kann. Die Mitgliederzahl betrug am 30. Juni 1912 10 580, darunter 2087 Frauen. Der Zuwachs beträgt 1086, darunter 507 Frauen. Die Kassenerhältnisse sind recht günstig. Die Jahresrechnung balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 70 615,17 Mk. Der Kassenbestand beträgt 9146,76 Mk. An Beiträgen wurden eingenommen 48 846,60 Mark, auf Sammelkästen und für Broschüren in der Wahlbewegung 10 975,01 Mk. Im Durchschnitt wurden im verfloffenen Jahre pro Mitglied 11,84 Beträge entrichtet. Unter den Ausgaben befinden sich 44 184,98 Mk., die an die Kreisstätte abgeführt sind. 2236,75 Mk. kosteten die Stadtverordnetenwahlen und 1773,36 Mk. wurden für Bibliothek und Bildungszwecke verausgabt. Die Zahl der Abonnenten der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ stieg um 873, des „Wahren Jacob“ um 434, der „Gleichheit“ um 218. Zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten fanden 34 Distrikts- und zwei Hauptversammlungen statt, außerdem wurden 25 öffentliche Versammlungen abgehalten. 533 210 Flugblätter, 16 200 Exemplare der „Landpost“ und 32 400 Wahlzetteln wurden verbreitet. Von den größeren Aktionen sind zu erwähnen die Stadtverordnetenwahlen die uns einen Stimmenzuwachs von 1412 brachten. Insgesamt wurden 11 908 sozialdemokratische und 9580 bürgerliche Stimmen abgegeben. Unser Protest gegen die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen, der mit der Ungleichheit der Wahlbezirke begründet wurde, hatte keinen Erfolg. — Bei der Reichstagswahl wurden in Kiel 24321 sozialdemokratische Stimmen abgegeben gegen 16 881 bürgerliche, das sind 59,1 Proz. aller Wahlberechtigten. Die Zunahme betrug gegen 1907 2715 Stimmen. Hierbei ist zu bemerken, daß gegen 1907 etwa 2000 Bauarbeiter in Kiel ansässig sind, die seit durchweg sozialdemokratisch gestimmt haben.

Kiel. Militärische Gerechtigkeit. — Verschärfte Strafe für tätlichen Angriff. Am 25. Februar hatten in Wilhelmshaven die Matrosen M. und G. an Bord der „Wittelsbach“ bereits am Nachmittag mehr getrunken, als sie vertragen konnten. In dieser Stimmung gingen sie abends gegen 8 Uhr heimlich von Bord. Untereingebegnete ihnen der Maschinenmaat St., den sie nicht grüßten. Der Vorgesetzte rief sie an, doch sie hörten nicht. Als er ihnen folgte und nach ihrem Namen fragte, nannte M. einen falschen Namen. Der Maat sah aus M's Mütze, daß die Angabe nicht richtig sein konnte. Deshalb gebot er beiden Matrosen, mit an Bord zu kommen. M. und G. ließen jedoch plötzlich davon. Der Maat hinterher, und es gelang ihm, M. festzunehmen. Nun drehte M. sich um, fragte, was der Maat wolle und schlug ihn mehrere Male gegen die Brust sowie gegen das Kinn, das er leicht dabei verletzte. Dabei schimpfte er auf St. Der Maat ließ ihn aber nicht los, sondern rief mehrere Matrosen zu Hilfe, die den Angreifer festnahmen. Das Kriegsgericht der 2. Marine-Inspektion verurteilte M. am 29. März 1912 wegen tätlichen Angriffs, Beharrens im Ungehorsam und Achtungsverletzung zu 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, G. dagegen wegen Beharrens im Ungehorsam zu 21 Tagen strengen Arrest. Gegen das Urteil, soweit es M. betraf, legte der Gerichtsherr Berufung ein, weil die Strafe zu gering sei. Das Oberkriegsgericht wies aber am 4. Mai diese Berufung zurück, weil sie zu spät eingelegt sei, nämlich am 6. April. Das Reichsmilitärgericht dagegen vermittelte die Sache an die Berlininstanz zurück, indem es die Berufung für rechtzeitig eingelegt erklärte. Die Berufungsfrist betrage sieben Tage. Festtage rechneten jedoch nicht als gültige Tage der Berufungsfrist, so daß in diesem Falle, wo ein Festtag in die Frist gefallen sei, der 6. April tatsächlich noch der letzte Tag der Frist gewesen sei. Das Oberkriegsgericht gab nunmehr der Berufung statt und erhöhte die Strafe für den tätlichen Angriff von 1 Jahr 2 Monaten auf 1 Jahr 8 Monate Gefängnis. Die Gesamtstrafe wurde entsprechend auf 1¼ Jahr Gefängnis erhöht.

Jachow. Als Partei- und Arbeitersekretär für den fünften schleswig-holsteinischen Wahlkreis in der Genossenschaft Karl F. Alps, Hamburg, gewählt worden.

Süderkapel. Beim Baden ertrunken. Die 15-jährige Tochter des Kantors Haushildt ist beim Baden in der Süderkapel ertrunken.

Barchim. Der konservative Kandidat als Wittgänger bei den Soz. Der konservative Reichstagskandidat für den dritten mecklenburgischen Wahlkreis (Barchim-Ludwigslust), Agrarprofessor Dade-Berlin, gesteht jetzt nicht nur ein, daß er es war, der mit dem bekannten roten Stichwahlflugblatt um die sozialdemokratischen Wählerstimmen buhlte, sondern verteidigt seinen Wittgang bei den Sozialdemokraten noch ausdrücklich. Er hält seinen pharisäischen Parteifreunden vor, daß sie sich doch nicht so entriest stellen sollten über sein Unternehmen, die sozialdemokratischen Stichwahlstimmen für die konservative Kandidatur zu ergattern. Dade ist nämlich gemäß auch bekannt, daß doch konservative Kandidaturen sogar schriftliche Verpflichtungen gegen die Sozialdemokratie unterschrieben haben, um deren Stichwahlstimmen für sich zu bekommen, und daß konservative Wahlmacher auch das Geld ausgeboten haben für den Fall, daß die Sozialdemokraten die konservativen Kandidaten bei der Stichwahl herausgauen würden. In der Erklärung des Herrn Dade lautet es:

„Daß der Zettel auf die freisinnige Presse wie das rote Tuch auf den Stier gewirkt hat, ist mir selbstverständlich, doch begreife ich nicht den Eifer, mit dem ein Teil der konservativen Presse bemüht ist, diese Agitation von sich abzuwickeln. Ich würde, ohne mit der Wimper zu zucken, wieder genau so handeln oder her Wahlleitung empfehlen, so zu verfahren. Was hier geschehen ist — die im ersten Wahlgang unterliegende Partei bei der Stichwahl für sich zu gewinnen — sollte bei allen Parteien üblich. Der Hinweis auf Klostorf sollte doch nach der bekannten Stichwahlparole „Gewehr bei Fuß“ einen Konservativen nicht überraschen. Wozu also die Aufregung? ... Die Verdächt-

gung, daß ich auf eigene Faust mit der Sozialdemokratie verhandelt oder praktiziert hätte, muß ich auf das Schärfste zurückweisen. Im übrigen bekenne ich offen, daß ich persönlich auch noch heute die freisinnige Partei, wie dies früher Bismarck im Reichstage erklärt hat, für verderblicher halte als die Sozialdemokratie selbst. Was uns not tut, ist neben einer starken konservativen, eine auf national-monarchischem Boden stehende liberale Partei, nachdem die heutige nationalliberale Partei auf dem besten Wege ist, ins freisinnige Lager und damit schließlich in den sozialdemokratischen Abgrund hinabzugleiten.

Herr Dade will also die Heuchelei der konservativen Presse nicht mitmachen, er will offen bekannt wissen, daß die Konservativen sich bei den Stichwahlen um die sozialdemokratische Hilfe bemühen. Dade wird aber mit seiner Mahnung zum ehrlichen Eingeständnis bei der konservativen Partei kein Glück haben. Denn das Junkertum glaubt bessere Geschäfte zu machen, wenn es öffentlich den roten Lappen schwingt und die von ihm wirtschaftlich beherrschte Wählerschaft mit brutaler Gewalt zur Abgabe eines konservativen Stimmzettels preßt. Die Junkersteppe ist sich eben nicht im Zweifel darüber, daß ihr Buhlen um die sozialdemokratische Stichwahlhilfe erfolglos bleiben muß, weil das klassenbewußte Proletariat nicht dumm genug ist, sich seine Metzger selber zu wählen.

Barchim. Von Mecklenburg kommt die Einsicht. Die „Konjungenossenschaftliche Rundschau“ schreibt: Der Bürgerausschuß der Stadt Barchim hatte beim dortigen Magistrat beantragt, für die Besteuerung der Konjum- und Beamtenvereine eine den Betrieb dieser Verkaufsstellen rechtmäßig zukommende Einkommensteuer von 8 Proz. des Umsatzes, also in derselben Weise, wie bereits diese Steuer in Hamburg angenommen wurde, zugrunde zu legen. Mittelstandszeitungen hatten daran mit großer Befriedigung die Bemerkung geknüpft, daß der Beschluß des Staates Hamburg schon langsam beginne, gute Früchte zu tragen. Öffentlich würden andere Städte sich diesem Vorbilde bald anschließen. Soweit der Magistrat der Stadt Barchim in Frage kommt, ist die Hoffnung der Mittelständler bitter enttäuscht worden. Der Magistrat der Stadt Barchim ließ dem Bürgerausschuß sagen, daß es nicht angängig sei, einen Zweig des Genossenschaftswesens herauszunehmen und diesen mit Sondersteuern zu belegen. übrigen sei die Steuerleistung des Barchimer Konjumvereins eine genügend hohe. Das letztere wird bei allen Konjumvereinen der Fall sein, weil sie aus dem Rahmen der allgemeinen Steuererhebung durchaus nicht herauszufallen, wie es unsere Mittelständler so gern darzustellen belieben. Bemerkenswert an der Antwort des Magistrats der Stadt Barchim ist hier, daß sie jegliche Ausnahmebesteuerung ablehnt, das heißt, nicht den Konjumverein mit Steuern belegt und etwa den landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Genossenschaften der Gewerbetreibenden, die vermutlich in Barchim auch vorhanden sein werden, von der Steuer freihält. Was die Urheber der Besteuerung nach Hamburger Muster nicht sehen, das sieht hier der Magistrat der Stadt Barchim. Von Mecklenburg also mußte die Einsicht in die wirkliche Natur der Mittelstandsforderung auf Besteuerung der Konjumvereine nach Hamburger Muster kommen.

Wilhelmshaven. Die Züchtung der Gelben auf der Kaiserlichen Werft Wilhelmshaven macht nicht die Fortschritte, die vornehmlich die Werftverwaltung als Protektor der Arbeiterzersplitterer sehr wünscht. Trotz Anstellung eines sogenannten nationalen Arbeitersekretärs, der zum nicht geringen Teil wohl auch finanzielle Unterstützung von der Werft erhält, trotz Gründung eines unter gelber Flagge jagenden Vorarbeiterklubs, dem die Werftbehörde ihre Gunst durch klingende Münze schenkt, und trotz Stempelung jeder anderen Gesinnung, die mit jener Gesellschaft nichts zu tun hat, als sozialdemokratisch, kommt die nationale Arbeitervereiner nicht vorwärts. Nun nun wenigstens einige gelbe Paradeperle im Arbeiterausschuß zu haben, ging die Werft dazu über, eine fein ausgelegte Wahlkreisgeometrie durchzuführen. Sie schuf einen sogenannten Vorarbeiterwahlkreis, weil die Vorarbeiter plötzlich andere, besondere Interessen als die Allgemeinheit haben sollten. Bei den kürzlich vorgenommenen Wahlen zum Arbeiterausschuß ging dann auch der gelbe Kandidat mit einer geringen Stimmenmehrheit durchs Ziel. Dieser brachte es nun merkwürdigerweise jetzt zum Werkmeister. Bei der deshalb notwendigen Ertragwahl legten die Gelben wieder ihre ganzen Kräfte ein, einem der Ihren zum Siege zu verhelfen. Aber, o Schmerz, diesmal rasselte ihr Kandidat glänzend durch und der Kandidat der Gewerkschaft siegte. — Der Versuch, auf einem krummen Wege gelbe Vertreter zu schaffen, ist ein untaugliches Mittel gewesen; auch die Vorarbeiter haben es abgelehnt, zur Gefolgschaft der Arbeiter zu gehören.

Bremerhaven. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand Mittwoch statt; sie war gut besucht. Aus dem Vorstandsbericht ist hervorzuheben, daß der Verein einen erheblichen Zuwachs zu verzeichnen hat. Im vorigen Jahre zählte er 1022 Mitglieder, in diesem Jahre waren es 1406 männliche und 209 weibliche, zusammen 1615 Mitglieder. Das ist eine Verdreifachung seit dem Jahre 1909. Durch die Reichstags- und Stadtverordnetenwahlen sind große Ansprüche an die Kasse gestellt worden. Trotzdem ist noch ein Fonds von über 1800 Mk. vorhanden. Der gesamte alte Vorstand wurde bis auf den Schriftführer wiedergewählt. Zum Kreisrat wurden verschiedene Abänderungsvorschläge gemacht. Zur Delegation zum Parteitage beantragt der Ortsverein Bremerhaven zwei Delegierte zu entsenden und schlägt als Delegierte die Genossen Brandes und Haverkamp vor und als Stellvertreter den Genossen Thienst. Weiter wurde vorgeschlagen, darauf hinzuwirken zu wollen, daß die „Gleichheit“ mehr belehrende und dem geistigen Niveau ihrer Leserinnen besser angepaßte Artikel bringe.

Murich. Schwere Unglücksfälle. Auf dem Bismoor wurden sechs dort beschäftigte Gefangene infolge Reißens des Drahtes der elektrischen Leitung vom elektrischen Strom getroffen. Während einer der Gefangenen sofort tot war, erlitten die übrigen schwere Verletzungen. Zwei Gefangene benutzten die Gelegenheit zum Flucht.

Hamburger Butterpreise. Hamburg, den 26. Juli.

1. Qualität	182—184
2.	124—127
Ferner	
Schleswische und ältere Bauernbutter	—
Schleswische und holsteinische Bauernbutter	—
Russisch-Sibirische I. Qualität, verzollt	116—118
do. II. do.	118—116

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Schmidt für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Saison-Ausverkauf

teilweise bis 50% herabgesetzt. Reguläre Sachen 10% ermässigt und „Rote Rabattmarken“.

Ernst Diederichs

Brockesstraße 25.

Ecke Warendorpstraße.

2250

St. Jürgen-Liederkrantz.

Einladung zum

Sommerfest

am Sonntag, 28. Juli, im Kolosseum.
Das Komitee.

Verband der Hausangestellten.

Einladung zum

Ausflug nach Kaffeehaus Moising

(Inh. Frau Schreiber)

am Sonntag, dem 28. Juli 1912.

Abfahrtsort 4 Uhr nachm. am Lindenplatz. — Für Tanzunterhaltung ist gesorgt.

Um zahlreiche Beteiligung erucht

Das Komitee.

Seefahrer-Krankenkasse (E. H. Nr. 16.)

Außerordentliche Generalversammlung

am Sonntag, dem 28. Juli 1912, nachmittags 4 Uhr

bei Herrn J. Jürk, Engelsgrube 59.

Tagesordnung: Innere Kassenangelegenheiten.

Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.

Der Vorstand.

Regelmäßige Dampfverbindung

Travemünde-Grömitz-Kellenhusen-Dahme

per Salondampfer „Hollmann“

— täglich 11 Uhr vormittags ab Travemünde.

Achtung! Achtung!

!!Stadthalle Lübeck!!

Sonntag, den 4. u. Dienstag, den 6. August:

Nur Zweifaches Café-Gesellschaftsspiel der

Kammerspiele!!!

2249 Stückl. Leiter:

Heinrich Liebmann v. Deutschen Theater in Berlin.

Colombinus Tod, Ovarn-Steisch v. Bela Lasca.

Mammon und Weib. Eine Lebens-Satire.

Der Gentleman. Ein Drama a. d. Leben.

Die Hasanpote. Eine lustige Burleske aus d. Beamtenleben.

Gleichzeitig Danny Gürtler

Das letzte Romantiker!

Verkauf f. Mitglieder d. Gewerkschaften im Gewerkschaftshaus.

Gründl. Preise f. Gewerkschaftsmitglieder: Sperrung 1,00 Mk. Rest. Platz 75 Pf., Parterre 50 Pf.

Hansa-Theater.

Hr. R. Gollbach. Tel. 619.

2237 Anfang 8 1/2 Uhr.

Nummer 69 „Gosin Pampulette“

Wo ist die Hose? Fräulein Tantalos.

Montag, den 29. Juli: Letzte volkstüm. Vorstellung.

vor der Winteraktion. Auf allen Plätzen 30 Pf., 50 Pf. und 1 Mk. Abverkauf bei Sager.

Stockelsdorf.

Sonntag, den 28. Juli: Tanzmusik. E. Rottgardt.

Achtung! Kohlenarbeiter!

Sektions-Versammlung

Montag, den 29. Juli abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung: Innere Verbandsangelegenheiten. Um zahlreiche Erscheinen erucht

Der Vorstand.

Arbeiter-Radf.-Verein Lübeck

Tour nach Mölln

am Sonntag, dem 28. Juli. Abfahrt 12 1/2 Uhr Mühlentorbrücke.

Hansa-Halle

Heute, Sonntag: Gr. Tanzkränzchen

J. Rieck.

Friedr. Franz-Halle

Morgen Sonntag: Gr. Tanzkränzchen

Eintritt frei.

Kaffeehaus Moising.

Gr. Scheiben- u. Vogelschießen mit nachfolgendem Ball (2220) am Sonntag, dem 28. Juli. Die Gewinne bestehen in Silber- u. Grotzhandarbeiten nebst Schmuck. Anfang des Schießens 11 Uhr vorm. Ballanfang 6 Uhr. Eintritt frei.

Adlershorst. (107)

Jeden Sonntag: Tanzkränzchen

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag: Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. H. Pagel.

Konzerthaus Friedrichshof

Jeden Sonntag: Tanzkränzchen.

Einsegel

Morgen Sonntag: Tanzkränzchen.

Konzerthaus Zauberflöte.

Täglich Konzert: Erstklassig. Österreichisches Damen-Orchester

„Rigoletto“ 6 Damen 2 Herren

Eintritt frei!!!

Sonntag Anf. 8 1/2 Uhr. Ludwig Kock.

Gr. Sommerfest

am Sonntag, d. 28. Juli im (2240) Stabliement

Louisenlust

genannt „Die lustige Louise“ unter gef. Mitwirkung des in Lübeck so beliebten

erstklassigen Österreichischen Damen-Orchesters

„Rigoletto“ 6 Damen 2 Herren

verbunden mit einem gemütlichen

Tanzkränzchen

Scherz, Jubel, Trübel a la Volksfest.

Eintritt frei!

Anfang 4 Uhr. Arrangiert von L. Kock, Festwirt.

Neu-Lauerhof

Heute Sonntag: Großes Tanzkränzchen

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Im Garten: Groß. Schimmelreiten für jung und alt. Hierzu ladet freundlichst ein der Besitzer.

Wilhelmtheater.

Schöner angenehmer Ballsaal. Neu renoviert! Jeden Sonntag von 5 Uhr an: Großes Tanzkränzchen. Abonnement 50 Pf., Militär 30 Pf. Der prachtv. Garten bietet angenehme Ausfahrt. (2235) Eintritt frei

Gesangverein „Eintracht“

Vogelschießen

verbunden mit

Preisschießen

Konzert, Ball, Damen- u. Kinderergrünungen

am Sonntag, dem 4. August im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Beginn des Schießens vorm. von 11-1 Uhr, nachmittags von 4-9 Uhr. Konzert von 5-7 Uhr. Ballanfang 7 Uhr. Ende 2 Uhr. Damenvergrünungen von 5-7 Uhr. Kinderergrünungen 8 Uhr. Laternen-Bolonäse für Kinder 7 Uhr.

Eintritt zum Konzert und Ball für Nichtmitglieder 60 Pfg., eine Dame frei.

Eintritt zum Konzert für Nichtmitglieder 10 Pfg. pro Person. Der Vorstand.

Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.

Arbeiter-Kinderfest

am Sonntag, dem 4. August im Garten des Neulauerhof, Arnimstr.

Vorher: Ausmarsch mit Musik. Sammeln 1 1/2 Uhr auf dem östlichen Burgfeld. Abmarsch präzise 2 Uhr. Eintritt 30 Pfennig. Jedes Kind erhält eine Tüte.

Zur zahlreichen Beteiligung der Arbeiterschaft ladet ein

Das Komitee.

Restaurant Traveneck

Dem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage das

Restaurant Traveneck direkt an der Herrenbrücke gelegen, eröffne.

Durch gut gepflegte Biere und vorzügliche Küche werde ich mir das Vertrauen der mich beehrenden Kundschaft zu erlangen suchen. Um gütigen Zuspruch bitte

Carl Gieseler

Restaurant Traveneck an der Herrenbrücke.

Tonhalle. Der schwarze Kanzler.

Konzerthaus „Flora“. Jeden Sonntag: Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Arbeiter-Gesangverein St. Jürgen.

Einladung zum Sommerfest verbunden mit Herren- und Damen-Preisschießen am Sonntag, dem 28. Juli im Lokale „Weißer Engel“, Ratzeburger Allee. Herrenschießen von 11-1 und 4-7 Uhr. (2097) Anfang 4 Uhr. Ballanfang 7 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei, einzelne Dame 20 Pfg., wof. Garderobe NB. Jedes Kind erhält ein Geschenk. Das Komitee.

Waisen-Hof. Sonntag: Tanz.

Eintritt frei. (1394) Gustav Gipp.

Zentralverein der Sozialdemokratischen Partei für das Fürstentum Lübeck.

Parteigenossen!

Die diesjährige Generalversammlung findet umständehalber nicht am 4. August, sondern am **Sonntag, 25. August 1912**, präzise 10 Uhr vormittags, in **Kensfeld** bei Schwartau, im Lokale des Herrn D. Evers (Klein-Mühlen) statt.

Provisorische Tagesordnung:

1. a) Geschäfts- und Kassenbericht; b) Bericht der Kontrollkommission; c) Bericht der Ortsvereine.
2. Die letzten Landtagswahlen. Berichterstatter: **H. Fick** (Stockelsdorf).
3. Rückblick auf die Reichstagswahlen. Referent: **Joh. Stelling** (Lübeck).
4. Anträge und Stellungnahme zu den Parteitagen und Wahlen zu denselben.
5. Wahlen.
6. Verschiedenes.

Die Wahl der Delegierten hat nach § 12 unseres Statuts stattzufinden, von der erfolgten Wahl ist dem Unterzeichneten sofort Mitteilung zu machen.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Der Zentralvorstand.

S. A.: **Heinr. Fick.**

Stockelsdorf, den 25. Juli 1912.

Eine neue Verleumdung der Sozialdemokratie.

Gegenwärtig wird von Leuten, die dem Jungdeutschlandbunde nahe stehen, das Märchen verbreitet, die Sozialdemokratie sei eine Feindin der körperlichen Ausbildung (die Herrschaften prägen hierfür das unschöne Wort „Erlichtigung“) der arbeitenden Jugend, insbesondere führe sie einen Kampf gegen die Wanderungen. Dadurch glauben die Herrschaften die Jugend, die an körperlichen Übungen, besonders an Wanderungen, ein großes Vergnügen hat, vor der Sozialdemokratie graulich zu machen.

Wenn auch diese Verleumdung nicht höher zu bewerten ist, als die vielen Lügen, die täglich über die Sozialdemokratie von ihren Feinden in die Welt geschleudert werden, so würden wir in diesem Falle, in dem es sich um die Verleumdung einer neuen Bewegung, der proletarischen Jugendbewegung handelt, eine schwere Unterlassungshandlung begehen, wollten wir die Verleumder ungestraft ihres Weges ziehen lassen.

Keine der vielen Gruppen in der bürgerlichen Jugendbewegung hat die körperliche Ausbildung der arbeitenden Jugend in dem Maße gepflegt, wie die proletarische Jugendbewegung. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands hat sogar eine besondere Broschüre, die von den Jugendlichen gern gelesene Schrift:

„Mit Rucksack und Wanderstab“, herausgegeben, um die Jugendauschüsse zu ermuntern, Wanderungen und Spiele im Freien während der Sommerzeit fleißig zu veranstalten. Einer solchen Aufmunterung hatte es aber, wie die Jugendauschüsse beweisen, gar nicht bedurft. Die von der organisierten Arbeiterchaft eingesetzten Jugendauschüsse haben nicht nur an den Sonntagen des Sommers, sondern auch an Wochentagabenden die Jugendlichen zum freien Spiel der Kräfte in die Natur geführt. Fast alle Jugendauschüsse haben, dem Bedürfnis der arbeitenden Jugend Rechnung tragend, auf dem Gebiete der körperlichen Ausbildung der Jugend eine Arbeit geleistet, die jede Jungdeutschlandbundes-Ortsgruppe in den Schatten stellt. Allerdings hat die proletarische Jugendbewegung auf jedweden militärischen Klimbim und auf militärisch organisierte Kriegsspiele verzichtet, schon darum, weil diese Veranstaltungen kein Mittel der bürgerlichen Erziehung sind, vielmehr, wie ein bürgerlicher Arzt kürzlich treffend nachgewiesen hat, im hohen Grade gesundheitsschädlich sind. Auch hat die proletarische Jugendbewegung darauf verzichtet, die Ausflüge mit Feldpredigten zu verquicken. In welcher hohem Maße die proletarische Jugendbewegung geeignete Veranstaltungen zur körperlichen Erziehung der Jugend getroffen hat, geht auch daraus hervor, daß einige ihrer Freunde ein „Zuwiel“ beobachtet haben wollen. In der „Leipziger Volkszeitung“ wartet ein Leser vor einer **Abertreibung des Wanderns**, da, wie auf jedem Gebiete, so auch auf diesem, allzuviel ungesund sei und durch ein „Zuwiel“ auch die anderen Aufgaben des jungen Arbeiters vernachlässigt werden könnten.

Diese eine Warnung vor einem „Zuwiel“ der Wanderungen hat die „Rhein.-Westf. Ztg.“ und die „Bremer Nachrichten“ veranlaßt, von einem „sozialdemokratischen Kampf gegen das Wandern“ und von einer von der Sozialdemokratie beabsichtigten „Absperrung der Jugend von Luft, Licht und Freude“ zu fabeln. Abgesehen davon, daß die Skribler jener Papiere dreist genug sind, den Inhalt des Eingelands in der „Leipz. Volksztg.“ falsch wiederzugeben, sie sind auch dumm genug zu behaupten: „das müßige Stubenhockertum begünstige den Sozialismus“. Wenn der Schreiber dieses Unsinn auch nur eine blasse Ahnung von dem Wesen des Sozialismus besäße, er hätte ihn nicht schreiben können. Im Gegenteil: Gerade der gesunde lebendige junge Arbeiter, der nach einem fröhlichen Leben verlangt, wird unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen eher ein „wütender Sozialdemokrat“, als der schwache und kranke Jugendliche, der zur Stubenhockerei neigt.

Die kapitalistische Arbeitsqual ist es, die der arbeitenden Jugend in der Blüte ihres Lebens Licht, Luft und Freude raubt. Man werfe nur einen flüchtigen Blick in einen der jährlichen Berichte amtlicher Fabrikinspektoren! Nur dem energischen und zähen Kampfe der organisierten Arbeiterchaft, vornehmlich der Sozialdemokratie, war es zu danken, wenn die Arbeitszeit verkürzt, die Arbeitsqual verringert worden ist. Angehts dieser Tatsachen ist es ein starkes Stück Heuchelei, wenn Blätter, die als Vertreter des Großkapitals die wütendsten Feinde des achtstündigen Arbeitstages sind, sich als Kämpfer für Licht, Luft und Freude für die arbeitende Jugend aufspielen.

Achtung, Erntearbeiter! Geht nicht nach Fehmarn.

Im vergangenen Jahre nahmen die Erntearbeiter ungesagt die beim Dreschen beschäftigten Arbeiter auf Fehmarn zu einer Regelung der Lohnfrage Stellung und verlangten beim Dreschen pro Tag 2,50 und 2,80 Mk. Diese Forderung wurde auch von einigen Besitzern anerkannt, die größte Zahl stellte sich aber auf einen ablehnenden Standpunkt und war eine Durchführung der Lohnforderung für die gesamte Arbeiterchaft nicht möglich.

In der Generalversammlung des Vereins für Landwirtschaft und Industrie auf Fehmarn am 18. Februar 1912 nahmen die Arbeitgeber zu dieser Frage Stellung und beschloßen, eine bindende Vereinbarung mit Konventionalstrafe unter den Arbeitgebern zu schaffen, in der die Lohnfrage geregelt werden soll und nur solche Arbeiter zu beschäftigen die diese kontraktlichen Bedingungen unterzeichnen.

Ganz heimlich, ohne irgendwie die Arbeiter zu Rate zu ziehen, ist an diesem Projekt gearbeitet worden, und hat uns ein günstiger Zufall nachfolgendes Resultat dieser Arbeit in die Hände gespielt:

Bedingungen in Dreschangelegenheiten.

§ 1. In der Dreschsaison 1912 darf von den Vertragsschließenden nach der Ernte nur bei denjenigen Landeuten gedroschen werden, welche sich vor dem Beginn des Dreschens schriftlich verpflichtet haben, die aus der Anlage ersichtlichen Bedingungen zu halten.

§ 2. Weder direkt noch indirekt dürfen die Vertragsschließenden eine Erhöhung des Tagelohnes herbeiführen. Für besonders Arbeiten dürfen einzelnen Arbeitern erhöhte Lohnsätze gezahlt werden.

§ 3. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen diese Vereinbarungen hat der Betroffene sofort eine Konventionalstrafe von 100 Mark an den Verein für Landwirtschaft und Industrie der Insel Fehmarn zu zahlen. Dieser Verein soll das Recht auf die Strafe erwerben; den Vertragsschließenden steht die Befugnis nicht zu, das Recht des Vereins ohne dessen Zustimmung aufzuheben oder abzuändern.

§ 4. Über Streitigkeiten aus diesem Vertrage, namentlich auch über die Frage der Gültigkeit der genannten Konventionalstrafe entscheidet unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges ein Schiedsgericht.

§ 5. Dieses Schiedsgericht besteht aus dem Amtsrichter als Vorsitzendem und je einem aus der Klasse der Dreschmaschinenbesitzer und Landeute hinzuzuziehenden Mitglieder.

§ 6. Entsteht ein Streit aus diesem Vertrage, so ist dem Vorsitzenden hiervon Mitteilung zu machen. Dieser hat sodann unter tunlichster Beschleunigung unter Berücksichtigung der Amtsbezirke aus den nachfolgend benannten Personen je einen auszuwählen; lehnen sämtliche benannte Personen die Übernahme des Amtes ab, so bleibt es dem Vorsitzenden überlassen, zwei geeignete Personen als Beisitzer hinzuzuziehen.

Namen der aus der Klasse der Maschinenbesitzer hinzuzuziehenden Personen:

- Amtsbezirk Wannedorf:
Kaufmann S. Rahlff-Burgtaaken.
Landmann Runo Mackesprang-Meeschendorf.
- Amtsbezirk Landkirchen:
Gemeindevorsteher J. Wilber-Landkirchen.
Gemeindevorsteher Schmidt-Bliesendorf.

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant, von E. Dewitt.

(81. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Nichts“, entgegnete er, „kann zu kostbar sein für eine schöne Frau. Gib es ihr, Harry, und sage ihr, wie froh ich bin, daß sie dich glücklich machen will. Ich bin mehr als froh, sage ihr das. Füge hinzu, daß ich ihr von ganzem Herzen danke.“

Je näher der Tag heranrückte, umso unruhiger wurden die Mädchen, denen sich die Überzeugung aufgedrängt hatte, daß ihre Genossenschaft vor einem Wendepunkt stand. Allerdings würde ihnen das Haus verbleiben, aber sie sollten ihre Königin und Beschützerin verlieren, die sie nicht nur um sich gesammelt, sondern auch dafür gesorgt hatte, daß sie in Eintracht und Zufriedenheit miteinander auskamen.

Alle brachten Geschenke. Es waren zwar nur einfache Sachen, aber sie bewiesen die aufrichtige Dankbarkeit ihrer Lehrenden. Rebekka brachte aus der Bibliothek ihres Vaters das einzige Buch, das einen schönen Einband aufzuweisen hatte, und sich, da es sich mit dem Lobe beschäftigte, ausnehmend gut als Hochzeitsgeschenk eignete. Nellie einen Ring, der einst ihrer Mutter gehört hatte und ihr so teuer war, daß sie ihn nur Fräulein Kennedy geben zu dürfen glaubte, und die anderen Mädchen ließen es sich nicht nehmen, eigene Handarbeiten, wie Kränze, gestickte Taschentücher und dergleichen zu schenken.

Angela blühte auf den Tisch, auf dem alle Hochzeitsgeschenke — die nickelplattierten Teekanne von Frau Bernalack, die Kunstarbeiten ihrer Mädchen, Nellies Ring, Rebekkas Buch, Lord Jocelyns Armband — lagen und fühlte sich angesichts dieser Gaben glücklich, als wenn sie in Portman Square hunderte von Kostbarkeiten empfangen hätte, die für die junge Erbin bestimmt gewesen wären.

In der kurzen Frist von zwei Wochen gedachte Angela eines jeden ihrer Freunde und überließ niemanden. Josephus empfing die Mitteilung des Inhalts, daß er sich sofort in den Ruhestand mit einer Pension zurückziehen könne, die dem Gehalt entsprach, das er bezogen haben würde, wenn er nicht zu Unrecht in falschen Verdacht gekommen wäre. Oder in anderen Worten: Er empfing für den Rest seines Lebens eine Jahrespension von dreihundert Pfund.

Am Morgen vor dem Hochzeitstage stattete Angela drei wichtige Besuche ab.

Der erste galt Daniel Fogg, dem sie ein kleines Paket überbrachte. „Mein Freund“, so redete sie ihn an, „ich schätze mich glücklich, Ihnen die ersten Exemplare Ihres Buches zu überreichen, das der Verleger, den ich für Sie gefunden habe, fertigstellen ließ, ohne Sie erst wegen der Korrekturen zu bemühen.“

Er riß gierig den Umschlag von dem Pakete und preßte das Buch wie eine Mutter einen lange verhassten Sohn inbrünstig an sein Herz.

„Mein Buch!“ entrang es sich ihm, „mein Buch!“
Ja, es war sein Buch, das dunkel wie das eines Gelehrten gebunden war und auf dem es mit goldenen Buchstaben stand: „Das primitive Alphabet. Von Daniel Fogg.“

Angela erklärte ihm, daß sie für ihn einen Kajütenplatz nach Melbourne belegt habe und daß der Dampfer in einer Woche abfahren werde. Bei seiner Ankunft würde er mit einer kleinen Summe Geldes hundert Exemplare seines Buches zum Verteilen an seine Freunde empfangen, und weitere würden ihm nachgesandt werden, wenn er für sie Verwendung hätte. Aber sie sprach zu tauben Ohren, denn Daniel hatte für nichts Sinn als für sein Buch, dessen Inhalt er heißhungerig verschlang.

„Auf jeden Fall“, sprach Angela zu sich, „habe ich wenigstens einen Menschen glücklich gemacht.“

Eine ähnliche Mission führte sie zu Lord und Lady Davenant. Das edle Paar hatte sich, nachdem es kurz zuvor durch das britische Geroldamt von der Ungültigkeit seiner Ansprüche verständigt worden war, in steter Aufregung wegen seiner jetzt unvermeidlichen Rückkehr nach Amerika befunden und würde schon längst nicht mehr imstande gewesen sein, seine Wochenrechnung bei Frau Bernalack zu zahlen, wenn Lady Davenant nicht insgeheim zu den Mitarbeiterinnen der Genossenschaft gehört und von Angela für ihre wirklich vollendeten Handarbeiten eine sehr hohe Bezahlung empfangen hätte. Ihnen überbrachte Angela die Billets für die Überfahrt nach Amerika, sowie die Mitteilung, das Fräulein Messinger ihr Interesse für das würdige Paar durch Ausstellung eines Ruhegeldes bekundet habe, daß es ihnen ermöglichen werde, den Rest ihrer Tage in Canean City geruhsam zu verbringen.

Dann schritt sie zu dem Seemannsheim, wo sie ihren alten Freund, Kapitän Sorensen, in seiner Wohnung antraf. Ihm erzählte sie ihre ganze Geschichte und bat ihn, bis zum Hochzeitabend darüber Stillschweigen zu beobachten.

„Natürlich“, erklärte der alte Seebär, „habe ich gleich von Anfang an gewußt, daß Sie keine gewöhnliche Schönheit

derin waren, und mich nur gewundert, was Sie bei uns im Londoner Ostend suchten.“

„Sie schenkten Bunkers Verdächtigungen also keinen Glauben, Kapitän Sorensen?“

„Nein“, entgegnete er. „Sie waren Bunker stets ein Dorn im Auge. Wie ich Ihnen für all Ihre Güte zu meiner Tochter danken soll.“

„Danken Sie mir“, entgegnete Angela, „indem Sie fortfahren, mein lieber Freund und Berater zu sein. Wenn ich wüßte, daß es Ihnen Vergnügen bereiten würde, das Seemannsheim zu verlassen.“

„Nein, nein“, wehrte der Kapitän ab, „ich darf Ihre Güte nicht für mich in Anspruch nehmen. In diesem Heim ist für alle Seebären meines Schlags reichlich und gut gesorgt.“

„Ich wüßte, daß Sie mir diese Antwort erteilen würden. So bleiben Sie denn hier, Kapitän Sorensen. Was jedoch Nellie betrifft, meine gute, liebe Nellie —“

Es braucht hier nicht verraten zu werden, wie sie die Zukunft Nellies sicher zu stellen versprach, die auch bei der Hochzeitfeier an der Spitze der Brautjungfern den Ehrenplatz einnehmen sollte.

21. Kapitel.

Der große Tag.

Am Hochzeitmorgen stellte sich Harry früh um neun Uhr in dem Hause der Genossenschaft ein, um noch einige Dokumente zu unterzeichnen. Der Geschäftsbetrieb ruhte während dieses Tages, doch hatten sich bereits alle Mädchen eingefunden und sahen den Dingen, die da kommen sollten mit großer Aufregung entgegen. Er fand Angela im Gespräch mit einem alten Herrn, der kein anderer als der Chef der Anwaltsfirma war, die ihre Rechtsgeschäfte besorgte. Ein Anzahl Dokumente lag vor ihm auf dem Tische ausgebreitet und als Harry die Tür öffnete, vernahm er diese seltsamen Worte:

„Der junge Herr weiß also noch garnichts — selbst jetzt noch nichts — in erster Stunde?“

Um was sich das Gespräch drehte, wußte Harry nicht, wollte es auch gar nicht wissen, da ihm Angela ja versprochen hatte, daß er alles im Laufe des Tages erfahren werde.

„Diese Papiere, Harry“, empfing ihn seine Braut, „sind einige Urkunden, die auf mein kleines Vermögen, von dem ich dir erzählte, Bezug haben und die ich dich zu unterschreiben bitte.“

„Ich hoffe“, sprach Harry, „daß du dir das ausschließliche Verfügungsrecht über dein Vermögen, wie immer dieses auch sein möge, vorbehalten hast.“

Namen der aus der Klasse der Landleute hinzuzuziehenden Personen:

- Amtsbezirk Bannesdorf:
Landmann Wittrock-Ostermarktsdorf.
Landmann J. Wilken-Burg.
Amtsbezirk Landkirchen:
Landmann Anton Sievert-Sartensdorf.
Landmann Carl Laftenz-Bisdorf.

Anlage 1. Zwischen dem Besitzer der Dampfdruckmaschine

und den Unterzeichneten wird folgender Vertrag geschlossen.

§ 1. Der Besitzer der Maschine verpflichtet sich, die Ernte der Unterzeichneten in ununterbrochener Folge mit den von diesen zu stellenden Arbeitern auszudrehen, gegen einen täglichen Lohn, welcher ebenso wie sonstige Abweichungen von diesem Paragraphen mündlich vereinbart werden kann.

§ 2. D. . . Unterzeichnete . . . verpflichtet . . . sich, keinem der bei der Maschine arbeitenden Leuten einen höheren Lohn als . . . zu geben. Auch darf er keinen Arbeiter an der Maschine beschäftigen, welcher sich nicht schriftlich, wie aus der Anlage ersichtlich, verpflichtet hat.

§ 3. Verläßt ein Arbeiter ohne Grund vor Beendigung des Dreschens die Arbeit, so darf der betreffende Landmann ihm keinen Lohn auszahlen.

§ 4. Der Landmann darf keinen Arbeiter, von dem er weiß, daß er in den letzten 14 Tagen ohne Grund die Arbeit bei einer anderen Dreschmaschine verlassen hat, beschäftigen. Er darf täglich nicht mehr als 4 Schnäpse an die Arbeiter verabfolgen.

§ 5. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen diese Vereinbarungen hat der Landmann sofort eine Konventionalstrafe von 100 Mk. an den Verein für Landwirtschaft und Industrie der Insel Fehmarn zu zahlen. Dieser Verein soll das Recht auf die Strafe erwerben: den Vertragsschließenden steht die Befugnis nicht zu, das Recht des Vereins ohne dessen Zustimmung aufzuheben oder abzuändern.

§ 6. Über Streitigkeiten aus diesem Vertrage, namentlich auch über die Frage der Fälligkeit der genannten Konventionalstrafe entscheidet unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges ein Schiedsgericht.

§ 7. Dieses Schiedsgericht besteht aus dem Amtsrichter Ape als Vorsitzenden und je einem aus der Klasse der Dreschmaschinenbesitzer und Landleute hinzuzuziehenden Beisitzer.

§ 8. Entsteht ein Streit aus diesem Vertrage, so ist dem Vorsitzenden hiervon Mitteilung zu machen. Dieser hat sodann unter tunlichster Beschleunigung unter Berücksichtigung der Amtsbezirke aus den nachfolgenden benannten Personen je einen auszuwählen; Lehnen sämtliche benannte Personen die Übernahme des Amtes ab, so bleibt es dem Vorsitzenden überlassen, zwei geeignete Personen als Beisitzer hinzuzuziehen.

Namen der aus der Klasse der Maschinenbesitzer hinzuzuziehenden Personen:

- Amtsbezirk Bannesdorf:
Kaufmann J. Kahl-Burgkafen.
Landmann Runo Wackerprang-Meisendorf.
Amtsbezirk Landkirchen:
Gemeindevorsteher J. Wilber-Landkirchen.
Gemeindevorsteher Schmidt-Bleichendorf.

Anlage 2. Zwischen nachfolgenden Arbeitern einerseits und den vorstehenden Landleuten wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1. Der unterzeichnete Arbeiter verpflichtet sich gegen einen Tagelohn von . . . freier Verpflegung und Unterkunft an der Dreschmaschine des . . . zu arbeiten, solange diese Maschine die Ernte des unterzeichneten Landmannes aus-

§ 2. Sie werden finden, junger Herr, erklärte der Anwalt bedächtig, daß gebührende Rücksicht auf Sie genommen worden ist. Mehr will ich nicht sagen.

Wahrscheinlich du, Angela, daß ich diese Schriftstücke unterzeichne, ohne sie zuvor zu lesen?

Wenn du mir verträust? Er nahm die Feder und schrieb seinen Namen auf die Stellen, die man ihm zeigte, ohne auch nur einen Blick auf den Inhalt der Urkunden zu werfen. Die Formalitäten waren beendet und die wichtigsten der Unterschrift beglaubigt.

Während der Anwalt die Papiere sorgsam zusammenfaltete und in seine Mappe legte, ergriß Angela die Hände Harrys und blinzelte ihm mit einem langen forschenden Blick in die Augen.

Und du brauchst es nicht, mein armer Harry? Bereuen? Du hättest es doch weit besser treffen und eine vornehme Dame heiraten können.

Als der Anwalt diese Worte vernahm, zeigte sich ein unbewußt seltsames Lächeln in seinem Gesicht, das er schnell hinter dem herabgehängten Vorhang zu verbergen suchte.

Aber ist nicht meine Braut für mich der Inbegriff aller Wohlwollendheit? D, du hättest eine reiche Frau finden und ein Leben des Mühsalreiches führen können, hatt - Harry, noch ist es Zeit; wir werden erst in einer halben Stunde in der Kirche erwartet. Überlege es dir, ob du dich wirklich bewußt zu einem Leben der Arbeit, des Ringens und Kampfes, ja vielleicht der Armut entschließen kannst?

Hier erhob sich der Anwalt von seinem Stuhl und schritt zum Fenster, wo er den Liebenden seinen Rücken zudrehte und gedanklich fünf Minuten lang auf die Promenade des gepflasterten Ganges herunterblickte. Wenn Harry ihn beobachtet hätte, würde er ein auffälliges Zucken der Schultern bemerkt haben.

Und noch eine Bitte habe ich, Harry. Da brauchst du nur auszusprechen. Wie könnte ich sie dir abschlagen, die du mir so viel gegeben hast.

Ihre Finger waren verflochten, ihre Blicke trafen sich. Nein, er konnte ihr nichts versprechen.

Da bist du viel gegeben? D, Harry - was gibt eine Frau, die nur sich selbst gibt? Harry hielt sich mit Gewalt zurück. Der Rechtsanwalt war anwesend und Gerechtigkeit und Liebe hatten wenig mitzudenken.

richtig und zwar unter den nachfolgenden weiteren Bedingungen.

§ 2. Verläßt der Arbeiter ohne wichtigen Grund vor Beendigung des Dreschens die Arbeit, so steht ihm ein Anspruch auf verdienten Lohn nicht zu; dasselbe tritt ein, wenn der Arbeiter von dem Arbeitgeber bei Vorliegen eines wichtigen Grundes entlassen wird.

§ 3. Wird der Arbeiter von dem Arbeitgeber vor Beendigung des Dreschens ohne wichtigen Grund entlassen oder gibt der Arbeitgeber dem Arbeiter einen wichtigen Grund, das Vertragsverhältnis sofort zu lösen, so hat der Arbeitgeber den ganzen für die Zeit des Dreschens fällig werdenden Barlohn zu zahlen, ohne daß es eines Nachweises bedarf, daß dem Arbeiter durch die Entlassung Schaden entstanden ist. Anspruch auf Ersatz der nicht gewährten Verköstigung zc. steht ihm in diesem Falle nicht zu.

§ 4. Es ist den Arbeitern verboten mit der Strafe sofortiger Entlassung, sofern sie nicht auf eigener Kost sind, alkoholische Getränke auf die Arbeitsstelle mitzubringen oder sich bringen zu lassen.

§ 5. Über Streitigkeiten aus diesem Vertrage entscheidet unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges ein Schiedsgericht.

§ 6. Dieses Schiedsgericht besteht aus dem Amtsrichter Ape als Vorsitzenden und zwei Beisitzern, von denen einer ein Arbeitgeber und der zweite ein Arbeitnehmer sein soll.

§ 7. Entsteht ein Streit aus diesem Vertrage, so ist dem Vorsitzenden hiervon Mitteilung zu machen. Dieser hat sodann unter tunlichster Beschleunigung unter Berücksichtigung der Amtsbezirke aus den nachfolgend benannten Arbeitgebern einen als Beisitzer zu berufen. Lehnen sämtliche genannte Personen ihre Mitwirkung ab, so bleibt es dem Vorsitzenden überlassen, irgend eine geeignete Person als Beisitzer hinzuzuziehen.

Ferner hat der Vorsitzende den Arbeiter aufzufordern binnen einer möglichst kurz zu bemessenden Frist aus der Klasse der Arbeitnehmer eine geeignete Person als Schiedsrichter zu benennen. Lehnt dieser die Übernahme des Amtes ab, oder benennt der Arbeiter binnen der gesetzten Frist keinen Schiedsrichter, so hat der Vorsitzende tunlichst aus der Klasse der Arbeitnehmer einen zweiten Schiedsrichter zu ernennen.

Namen der Arbeitgeber, die zum Schiedsgericht zu berufen sind.

- Amtsbezirk Bannesdorf:
Landmann Wittrock-Ostermarktsdorf.
Landmann J. Wilken-Burg.
Amtsbezirk Landkirchen:
Landmann Anton Sievert-Sartensdorf.
Landmann Carl Laftenz-Bisdorf.

Die Lohnfrage ist in dem Kontrakt offen gelassen, natürlich wollen die Arbeitgeber die Höhe selbst bestimmen und nebenbei die alte Leibeigenschaft wieder auflieben lassen.

Die Erntearbeiter Fehmarns werden am 4. August zu diefer neuen Knebelung Stellung nehmen und warnen wir alle, diesen Kontrakt zu unterschreiben, und erlauben, den Zugang von Wanderarbeitern nach Fehmarn fern zu halten. Landarbeiter-Verband, Gau Nordwest-Deutschland. Der Gauleiter Paul Köhler. Hamburg 26, Rumpffweg 46, II.

Die drei großen deutschen Syndikate und ihre Bedeutung.

Kohle und Eisen sind die Rohstoffe der Industrie, Kali ist das unentbehrlichste Hilfsmittel der Landwirtschaft. Alle drei Produkte sind in Deutschland schon seit langen Jahren stark syndiziert. Die Politik der Stahlwerksgewaltigen wird von Hunderttausenden und Millionen mit größerer Aufmerksamkeit verfolgt als je eine sogenannte Lat Behnmann-Hollwegs. Die Furcht vor dem Wucher des Kohlenyndikats liegt bei jedem Herd auch im letzten Kirmeleutehaus. Das Kalisyndikat ist die erste Vereinigung unter staatlicher Hilfe.

ander gemeinsam. Kupido ist noch niemals in einem schwarzen Talar abgebildet worden.

Es ist eine seltsame Witze, Harry, und sie hängt mit meinem kleinen - törichtem Geheimnis zusammen. Wirst du nicht dagegen einzuwenden haben, daß ich mich nach Vollziehung der Trauung von dir entferne und erst am Abend zu dir zurückkehre? Ich werde punkt sieben Uhr in dem Palast eintreffen, wo ich dich und alle Mädchen vorzufinden hoffe. Und da auch Fräulein Messinger kommen wird, so wirst du - vielleicht zum letztenmal, den dir schon fast entfreundeten Frack nebst Zubehör anzusehen. Witze deinen Trauzeugen, Melly den Arm zu bieten, worauf die anderen paarweise folgen. O, Harry, das erste Spiel der Orgel in deinem Volkspalast wird beim Hochzeitsmarsch sein, und das erste Fest in deinem Palast dir zu Ehren stattfinden.

Dir, nicht mir zu Ehren, Geliebte. Und Fräulein Messinger zu Ehren, die den Palast erbaute. Man, ja - ja - ja. Sie ging achlos an seiner Meinung vorüber. Den Bau hätte ein jeder ausführen können, der über das nötige Geld verfügte. Hauptsache war aber doch dein Gedanke.

Den dir, Angela, und aus deinen Händen will ich gern alle Ehre annehmen, die du zu verleihen für gut befinden magst. So werde ich doppelt geehrt.

Die kirchliche Trauung ging in aller Stille vor sich. Die Glocken läuteten nicht, die Orgel blies stumm und das alte Gotteshaus war fast leer. Als Zuschauer hatten sich Frau Bornalack, Kapitän Sorensen, die Mitglieder der Genossenschaft, und als Trauzeugen Harrys Vetter, Dick Coppin, eingefunden. Zuletzt erschienen noch Lord und Lady Davenant, die Lord Jocelyn in seinem Wagen abgeholt hatte.

Als der Geistliche, der die Trauung vollziehen wollte, die Sakramente betrat, suchte ihn Lord Jocelyn auf und zeigte ihm eine Speziallizenz, auf Grund derer es nicht nur für erlaubt, sondern sogar für löblich erklärt wurde, daß der ledige Harry Goslett sich die ledige Angela Marsden Messinger zur Ehefrau nehme.

Beim Abklatz des Namens der Braut begannen die Knie des Geistlichen zu wanken und seine Finger zitterten.

Angela Marsden Messinger, fragte er. Ist es die große Erbin?

Sie ist es in der Tat, entgegnete Lord Jocelyn, und betrachtet auf Grund dieser Speziallizenz mein Bündel, Harry Goslett. Hier ist meine Karte.

(Fortsetzung folgt.)

Kohle und Eisen, auf der anderen Seite Kali ist aber zugleich auch ein Maßstab untrüglicher Art für das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung. Die nachfolgende Zusammenstellung zeigt uns zu d i s t i n k t e n t w i k e l u n g d e s K o h l e n s y n d i k a t s u n d d e r g e s a m t e n d e u t s c h e n S t e i n k o h l e n f ö r d e r u n g .

Deutschlands Steinkohlenförderung:
Table with 2 columns: Year, Tonnage. Rows: 1899-1905 and 1906-1911.

In zwölf Jahren stieg Deutschlands Steinkohlenförderung von 101,6 Millionen Tonnen auf 150,7 Millionen! Das ist der mathematische Beweis einer fortlaufenden beispiellosen Entwicklung der Großindustrie, damit des Kapitalismus und des Proletariats!

Der Anteil des Kohlenyndikats an diesen Ziffern für die Jahre 1909 bis 1912 sieht so aus:

Beteiligungsziffern 1909 bis 1912:
Table with 4 columns: Year, Kohlen, Koks, Briffetts. Rows: 1912, 1911, 1910, 1909.

Die produktive Macht des Kohlenyndikats wird in gleichem Tempo mit der Entwicklung der deutschen Kohlenförderung überhaupt fortgesetzt größer. Das Gleiche trifft auf den Stahlwerksverband zu.

Der Stahlwerksverband ist 1912 erneuert worden, allerdings auf anderer Basis. Während im alten Syndikat auch die B-Produkte, Bleche, Röhren usw., mit syndiziert waren, ist jetzt nur noch Halbzeug, Eisenbahnmateriale und Formeisen - alles Produkte A - vereinigt. Schon diese Änderung ist ein Beweis für die industrielle Umwälzung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie. Wie die Stahlwerksverbandsmacht an den A-Produkten gewachsen ist, zeigen die folgenden Ziffern:

Beteiligungsziffern 1909 bis 1912.
Table with 5 columns: Year, Halbzeug, Eisenbahnmateriale, Formeisen, zusammen. Rows: 1912, 1911, 1910, 1909.

Auch hier der alte Beweis: in vier Jahren der aufwärtsstrebenden Konjunktur rund 450 000 Tonnen Halbzeug mehr! Der Kapitalismus schreitet vorwärts!

Die Produktion an Kali, an dem unentbehrlichen Düngesalz der Landwirtschaft, an dem unbedingt notwendigen Hilfsmittel zur Ernährung der nach Millionen zählenden Industriearbeitermassen betrug im Syndikat

1909: 6 753 309 D.-3. 1910: 8 578 000 D.-3. 1911: 9 399 269 D.-3.

In drei Jahren ein Sprung um 2,4 Millionen Doppelzentner nach vorwärts! Deutschlands Anteil an der deutschen Kaliproduktion - in anderen Ländern gibt es zurzeit noch keine nennenswerte Kaliproduktion - betrug von 1905 bis 1910: 2,0; 2,3; 2,4; 2,7; 3,0 und 3,6 Millionen Doppelzentner. Also nur ein Drittel des Düngesalzes wird in Deutschland verbraucht, die anderen zwei Drittel versorgen die Weltlandwirtschaft mit Stickstoffmaterialien.

Ganz gleich unter welchem Gesichtspunkt die Ziffern der Kohle-, Eisen- oder Kaliproduktion betrachtet werden: sie sprechen immer das gleiche aus. Stets gewaltiger und riesiger wird die industrielle Produktion der notwendigsten Verbrauchsstoffe und damit wächst auch ständig jede Art von Produktion. Immer mächtiger erscheinen die Großsyndikate auf dem Plan. Die Entwicklung der letzten Jahre hat aber auch schon einen Weg gezeigt, auf dem es aus der Wachsmacht der privaten Syndikate hinausgeht. Es ist die Organisation des Kalisyndikats, das, nach parlamentarischem Kommando unter der Kontrolle der Allgemeinheit geschaffen, den Arbeitern bestimmte Bedingungen laut Gesetz gewährleisten muß. Das ist ein Weg! Der andere, für uns immer wieder der wichtigste ist: den letzten Arbeiter über seine Stellung in Staat und Gesellschaft aufzuklären, ihn aufrütteln und organisieren. Der wachsende Kapitalismus soll und muß auch den letzten Proletarier lebendig machen. Unter dem Gesichtspunkt können uns die wachsenden Produktionsziffern der wichtigsten Verbrauchsstoffe ein freudiges Zeichen für das Wachsen der Arbeiterbewegung, für die Steigerung ihrer Macht sein!

Aus der Partei.

Der Sozialdemokratische Verein Braunschweig beschloß zum Organisationsstatut der Partei, sowohl eine Erhöhung der Beiträge, als auch den Vorschlag, die Reichstagsfraktion zu einem Drittel an den Parteitag teilnehmen zu lassen, abzulehnen. Eine Abordnung von 15 Fraktionsmitgliedern wurde für ausreichend gehalten. Der vorgesehene Ausschluß für die Partei wurde ebenfalls abgelehnt und beschloßen, zu beantragen, den Parteivorstand um sieben ehrenamtliche Mitglieder zu vermehren.

Aus den Organisationen. Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Düsseldorf bringt soeben seinen Jahresbericht heraus. Der Bericht weist eine Steigerung der Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahre von 1882 auf. Von dieser Zunahme entfallen auf die männlichen Mitglieder 1235 und auf die weiblichen 397. Insgesamt zählt die Organisation jetzt 7116 Mitglieder (5722 Genossen und 1394 Genossinnen). Im Vorjahre waren es 5484 Mitglieder (4487 männliche und 997 weibliche). An Mitgliederbeiträgen wurden 22 170,70 Mk. vereinnahmt. Der Verein erhebt von männlichen Mitgliedern 50, von weiblichen 30 Pfg. Beitrag pro Monat.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Dachdeckerperrung in Berlin ist den Unternehmern vorbeigelungen. Am Freitag, dem Tage, an dem die Aussperung vorgenommen wurde, hatten 17 Firmen 82 Dachdecker ausgesperrt. Wenn nun auch in den nächsten Tagen die Zahl der Aussperrten etwas steigen sollte, so wird sie doch bei weitem nicht 700 bis 800 erreichen, wie die Unternehmer verkünden ließen.

Gelber Terror. Das A und O der gelben Agitation und das liebe tägliche Brot der brüskig nach einem Zucht-hausgefes strebenden Ausbeuter ist bekanntlich der „Terrorismus“ der Sozialdemokratie oder der freien Gewerkschaften. Dabei ist der saubere scharfmacherische Kumpel nur zu gut bekannt, daß ihr eigenes Sündenkonto hinsichtlich Brutali-tät der Arbeiter schwer belastet ist, ja, daß ihr Geschrei nur dazu dienen soll, die Taten eigenen schmutzigsten Terrors zu bemänteln. Was auf diesem Gebiete alles geleistet wird, dafür möge als Beweis ein Schriftstück des ganz und gar in Unternehmerrdiensten stehenden gelben Werkvereins der chemischen Firma Th. Goldschmidt in Essen dienen, worin dieser auf seine Art Mitgliederwerbung treibt:

Werter Kollege!
Sie haben soeben Ihre Arbeit bei der Firma Th. Goldschmidt begonnen. Da wir schon seit langem hier tätig sind, konnten wir genügende Erfahrungen über Arbeits- und Lohnverhältnisse auf diesem Werke sammeln. Deshalb wird Ihnen unsere Ansicht von Wert sein.

Es ist ein durchaus richtiges Streben der Arbeiter, sich zu organisieren, um als ein geschlossenes Ganze mit Wünschen an die Arbeitgeber heranzutreten. Die Streikgewerkschaften, die bisher die Wünsche der Arbeiter vertreten wollten, haben sich hierzu als ganz ungeeignet erwiesen, da sie durch ihr ungeschicktes und gehässiges Vorgehen sich den Weg zur Diktation versperrt haben. Zudem nehmen die Streikgewerkschaften hohe Beiträge, die Woche 50 Pfg. bis 1 Mk. Schließlich verjagen sie gar noch, die Arbeiter in auskömmliche Streiks hineinzubringen; sie rauben ihnen dadurch die Arbeitsstelle und bringen in ihr Familienleben Unruhe und Not.

Wir Unterzeichneten haben uns mit gleichdenkenden Kollegen zu einer anderen Gewerkschaft, einem Werkverein, zusammengeschlossen, der die geschilderten Fehler der Streikgewerkschaften glücklich vermieden hat. In friedlichem Einvernehmen verhandeln wir mit der Firma über Arbeiterwünsche. Wir haben noch immer einen Weg zur Leitung des Werkes gefunden. Da wir nichts Unmögliches fordern, haben wir uns bisher immer über Verständnis und Entgegenkommen bei der Werkleitung freuen können. Außerdem unterstützt die Firma eine Reihe wertvoller Wohlfahrts-einrichtungen des Werkes.

Wenn Sie also Wert darauf legen, längere Zeit auf dem Werke zu bleiben, und sich bei Ihrer Arbeit auch wohl zu fühlen (!), dann schließen Sie sich am besten dem Werkverein an, dessen Ziele Sie aus der beiliegenden Drucksache erkennen können. Weitere Auskünfte werden Ihnen unsere Vertrauensleute geben, die sich an den nächsten Tagen an Sie wenden werden.

Hochachtungsvoll
Der Vorstand des Werkvereins Th. Goldschmidt.
Bayer, Balz, Börg, Baulecke, Brüning, Brodda, Schjamaeky.

Das ist deutlich! Wenn der reich zur Arbeit auf der Götterde zugelassene Mann nach Empfang des Briefes seine Beschäftigung fortsetzen und sich zunächst nicht der größtmöglichen Schikane und Heze durch die Weiben aussetzen will, dann schließt er sich am besten dem gelben Werkverein an! Brutaler und unverdächtigter kann der gelbe Terror wohl nicht ausgeübt werden. Die Verfasser des mit Schreibmaschine hergestellten Schriftstückes mußten wohl, daß die Aufzählung der gelben Herrlichkeiten das Opfer nicht würde machen würde, deshalb suchten sie die ihnen vom Unter-nehmer freundlichst zur Verfügung gestellte Hungerpeinliche hervor. Wenn die Scharfmachermeute mit ihren Ausnahmese-gehen wirklich hervorkommen sollte, dann wird ihnen neben anderem auch dies Schanddokument gebührend unterbreitet werden!

Der verhaftete Vorstand des Seemannsbundes in Belgien. Die neun verhafteten Vorstandsmitglieder des Seemannsbundes in Belgien wurden von Antwerpen nach Brüssel überführt. Sie mußten dort vor dem Berufungs-gericht erscheinen, das entscheiden sollte, ob die Gefangenhaltung der Organisationsleiter aufrechterhalten werden darf. Die Gefangenen wurden in der „Spühbubenkarre“ nach der Station gebracht, alle waren gefesselt, Mahlman ganz besonders. Als er den Zug bestieg, wurden seine Hände frei-gemacht, die deutliche Spuren der groben Fesselung zeigten. Mahlman rief den Zuschauern zu: „Seht, wie die Kerle mich behandeln!“ Die Menge protestierte gegen die Brutali-tät der Transporteure und die Frau Mahlman's, die auch anwesend war, rief den Polizisten zu: „Wegen einen einzel-nen Mann könnt Ihr so vorgehen! Wie mutig!“ Die Em-pörung über die Brutalität der Polizisten war allgemein. — über den Ausgang der Verhandlungen des Berufungs-gerichts wird uns telegraphiert, daß die 9 Funktionäre der Seemanns-union, die seit mehreren Wochen wegen angeblicher Streik-brecherbedrohung in Untersuchungshaft waren, am 26. d. M. durch die Berufungsinstanz aus der Haft entlassen wurden. Das ist die erste Blamage der Antwerpener Reederjustiz im Kampfe gegen die Seemannsorganisation, der sich sicher die zweite durch das gerichtliche Verfahren gegen die Ange-stellten der Seemannsunion anschließen wird. Der Kampf der Seeleute für ihre Rechte und bessere Anwesenheitsver-hältnisse wird kräftig fortgesetzt. Das Vorgehen der katho-lischen Regierung gegen den Seemannsbund wächst sich immer mehr zu einem unerhörten Skandal aus.

Die Lohnkämpfe des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1911. Nach der soeben vom Zentralvorstand des Me-tallarbeiterverbandes veröffentlichten Statistik übertrafen die vom Verband im Vorjahre geführten Lohnbewegungen die früherer Jahre in jeder Beziehung. Für die Arbeiter ergab sich nicht nur die Notwendigkeit, einen Ausgleich für die ver-teuerten Lebensmittel zu schaffen, sondern auch rüftändige Lohnverhältnisse mußten verbessert werden. Das Mittel-mittel der Unternehmer, die Beantwortung jedes lokalen Streiks mit einer Aussperrung, das sehr häufig in Anwen-dung kam, verliert immer mehr an Wirkung. Während im Jahre 1910 noch 20,4 Proz. der Aussperrungen für die Un-ternehmer erfolgreich waren, waren es im Jahre 1911 nur noch 10,5 Proz. Wie hartnäckig die Metallindustriellen die Kämpfe gegen die Arbeiter führen, wird nicht nur dadurch bewiesen, daß die Unternehmer im Chemnitz' Bezirk in einem Jahre zwei Aussperrungen vornahmen, sondern auch dadurch, daß die Zahl der Abwehrstreiks der Metallarbeiter von 155 im Jahre 1910 auf 191 im Jahre 1911 stieg, während die Abwehrbewegungen ohne Arbeitseinstellung von 162 im Jahre 1910 auf 137 im Jahre 1911 zurückgingen. Die Unternehmer versuchten noch mehr als in früheren Jahren, den Arbeitern Verschlechterungen aufzuzwingen. Erwähnt wurden die Kämpfe durch „nützliche“ Elemente, die von den Streikbrecherburgen geliefert wurden. In 419 Orten hatte der Verband 1704 Bewegungen durchzuführen, die 9003 Betriebe mit 552 501 Beschäftigten erfaßten. Be-teiligt waren daran 187 407 Mitglieder des Verbandes und rund 35 000 Mitglieder anderer Organisationen. Von der Gesamtheit der Mitglieder des Verbandes fanden 37,9 Prozent im Kampfe gegen 32,5 Proz. im Jahre 1910. In 1228 Fällen hatten die Arbeiter Forderungen gestellt. 1048 Fälle wurden ohne Arbeitseinstellung erledigt, in 280 Fällen kam es zum Streit. Die Unternehmer boten den Ar-beitern in 376 Fällen Verschlechterungen an, in 137 Fällen kam es zur förmlichen Beilegung, in 230 Fällen zu Streiks

und Aussperrungen. Der größte Teil aller Bewegungen wurde auch im Berichtsjahr ohne Arbeitseinstellung durch-geführt. Als Gesamterfolg der Lohnbewegungen ist eine Verkürzung der Arbeitszeit von beinahe 200 000 Stunden pro Woche für 92 000 Beteiligte, und eine Erhöhung des Ver-dienstes von 192 000 Mk. pro Woche für 108 000 Beteiligte zu verzeichnen. Für 38 000 Beteiligte trat eine Regelung der Arbeitszeit ein, die in vielen Fällen ebenfalls als Lohnerhöhung bewertet werden kann. 425 Tarifverträge für 50 000 Beschäftigte konnten abgeschlossen werden. Miß-stände im Betriebe wurden in 48 Fällen für 3322 Beteiligte abgestellt. Zuschläge für Überstunden erreichten 65 142 Be-teiligte in 411 Fällen, und Zuschläge für Nacht- und Sonn-tagstarbeit 49 793 Beteiligte in 316 Fällen. Sonstige Ver-besserungen der Arbeitsverhältnisse traten ein in 461 Fällen für 74 966 Beteiligte. Diesen direkten Erfolgen sind noch die Ergebnisse der Abwehrbewegungen und Streiks an die Seite zu stellen. Abgewehrt wurde eine Verlängerung der Arbeitszeit für 1885 Beteiligte von zusammen 5716 Stunden pro Woche, und eine Verkürzung des Verdienstes für 7046 Personen. In 18 Fällen wehrten 482 Arbeiter Tarifbruch ab. Bei 14 Streiks und Aussperrungen wiesen 496 Arbeiter Streikarbeit zurück. 191 Maßregelungen wurden zurückge-wiesen und schlechte Behandlung in 23 Fällen mit 1810 Be-teiligten abgewehrt. Diese Lohnbewegungen verursachten eine Gesamtausgabe von rund fünfzehnhundert Millionen, wo-von 1324 000 Mk. aus den Lokalkassen gezahlt wurden. Mehr als die Hälfte aller Kosten entfallen auf die Aus-sperrungen. Die Metallarbeiter können mit den Erfolgen des Jahres 1911, obwohl gar viele Wünsche unerfüllt blieben, zu-frieden sein. Betragen doch die erzielten Lohnerhöhungen pro Jahr über 8 Millionen Mark.

Soziales.

Neue Bestimmungen für Eisenbahnarbeiter. Eine Kor-respondenz berichtet: Das gesicherte Arbeitsverhältnis nach zehnjähriger einwandfreier Dienstzeit ist nunmehr auch auf die Arbeiter der Reichseisenbahnen ausgedehnt worden. Hiermit ist einer Entscheidung des Reichstages entsprochen, in der die Eisenbahnverwaltung ersucht wurde, Arbeitern, die länger als fünf Jahre in ihrem Dienste stehen, ein ge-sichertes Arbeitsverhältnis zuzubilligen. Das gesicherte Ar-beitsverhältnis wird dadurch erreicht, daß nach Ablauf von 10 Jahren der Arbeiter nur entlassen werden darf, wenn die Eisenbahndirektion seine Entlassung bestätigt. Die bisherige Beschwerdebefugnis ist beibehalten worden, und die Entlassung kann jetzt ausgesprochen werden, wenn ein Arbeiter die ihm obliegenden Pflichten gröblich vernachlässigt hat, oder wenn er nicht mehr arbeitsfähig ist. Im letzteren Falle treten dann die gesetzlichen und außerrechtlichen Wohlfahrts-einrichtungen ein. Auch für die Sicherheit der Mitglieder der Arbeiterausschüsse sind von der Eisenbahnverwaltung beson-dere Bestimmungen erlassen, die bei den Arbeitern Beruhigung hervorgerufen haben. Während früher der Inspek-tionsvorstand, der meistens gleichzeitig Vorsitzender des Aus-schusses ist, eine Kündigung aus eigener Entscheidung vor-nehmen konnte, darf sie jetzt nur erfolgen, nachdem die Eisenbahndirektion entschieden hat, daß ein Grund zur Kün-digung vorliegt. — Hoffentlich wird nun auch nach diesen Vorschriften verfahren, damit sie nicht nur auf dem Papier stehen bleiben.

Die Bierproduktion der Welt liegt nach den Angaben der Firma Joh. Barth u. Sohn von 273 Millionen Hektoli-ter im Jahre 1910 um den enormen Betrag von 20 Mil-lionen auf 293 Millionen Hektoliter. Folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Biererzeugung in 1910/11.

	Lauf- hl		Lauf- hl
Vereinigte Staaten . . .	74 231	Bulgarien	220
Deutschland	69 709	Rußland	217
Großbritannien	58 777	Brit. Südafrika	200
Österreich-Ungarn	25 628	Indien	184
Frankreich	17 942	Serbien	148
Belgien	17 032	Türkei	134
Rußland	10 897	China	72
Schweden	3 050	Uruguay	70
Dänemark	2 663	Peru	50
Schweden	2 641	Ägypten	49
Australien	2 382	Philippinen	40
Niederlande	1 950	Argentinien	35
Kanada	1 879	Venezuela	30
Argentinien	1 080	Portugal	28
Chile	800	Bolivien	27
Italien	598	Ecuador	22
Brasilien	590	Paraguay	18
Norwegen	450	Kolumbien	18
Neuseeland	440	Guatemala	18
Mexiko	320	Griechenland	16
Japan	319	Panama	15
Spanien	242	Deutsch-Südwest-Afrika	11
Rumänien	240		

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Justizirrtum mit sensationellem Hintergrund. Nach einer Meldung des „Berliner Tagebl.“ erregt in Dresden ein gesellschaftlicher Skandal großes Aufsehen. Es handelt sich um die Affäre eines früheren Seeoffiziers Schalm, der sich vor mehreren Jahren mit einer Tochter des Majors v. Hoewel verheiratete. Die Ehe war nicht glücklich und sie wurde schließlich geschieden. Auf eine Anzeige der Frau Schalm hin wurde Schalm im Herbst 1909 unter dem Verdacht, schwere Sittlichkeitsverbrechen an einem zwölfjährigen Mädchen ver-übt zu haben, verhaftet, und am 29. November vom Dresde-ner Landgericht zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Den Behauptungen Schalm's, daß die Hauptbelastungszeugin von ihren Eltern beeinflusst worden sei, schenkte das Gericht keinen Glauben. Da eine Revision des Urteils nicht möglich war, strengte Schalm nach seiner Frei-lassung das Wiederaufnahmeverfahren an. Am Donnerstag hatte sich die Strafkammer nochmals mit der Sache zu be-schäftigen und das Urteil lautete auf völlige Freisprechung. Das Gericht kam zu der Überzeugung, daß das 12jährige Mädchen von der Mutter der Frau Schalm beeinflusst wor-den sei, um Material zur Scheidung zu beschaffen; auch seien die Aussagen der Frau Schalm keineswegs als glaubwürdig anzusehen. — Schalm, der seinerzeit des Offizierszanges ver-lustig ging und dessen militärische Karriere vernichtet wurde, hat jetzt Strafantrag gegen seine ehemalige Frau und seine Schwiegereltern wegen Meineides und wesentlich falscher Anschuldigungen gestellt.

Der beleidigte Wehrvereinsvorstand. Der Vorstand der Kölner Ortsgruppe des „Deutschen Wehrvereins“ sollte der Kaufmann Josef Hausmann in Köln-Nippes beleidigt haben. Hausmann fühlte sich als Anhänger der allgemeinen Friedensbestrebungen durch einen Aufruf des Wehrvereins, der ihm zugelandet worden war und in dem er zum Beitritt als Mitglied aufgefordert wurde, derart verletzt, daß er den Aufruf mit der Bemerkung zurück gehen ließ, er bitte, ver-nünftige Menschen mit derartigen Gesetzen zu ver-schonen. Generalleutnant z. D. Bauer und Dr. med. Hof-meister fühlten sich als Vorstands- und Ausschußmitglieder beleidigt und stellten Hausmann vor den Radl. Das Radl-

ner Schöffengericht kam jedoch, wie aus Köln gemeldet wird, zu einer Freisprechung, da der Angeklagte in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt habe. Er habe als Anhänger der allgemeinen Friedensbestrebungen die ihm durch den Aufruf gestellte Zumutung mit entsprechenden Bemerkungen zurückweisen dürfen. Aus den Umständen gehe die Absicht einer Beleidigung nicht hervor. Er habe nur die Bestrebun-gen des Wehrvereins in seiner Weise charakterisieren wollen.

Ein Schuhmann als Sittenbrecher. Unter der-schweren Anschuldigung des verführten Sittlichkeits-vertehrers aus § 176,3 des St.-G.-B. hatte sich der frühere Hilfschuhmann Gustav Klenke aus Gelsenkirchen vor der Strafkammer in Essen zu verantworten. Die Ver-handlung, die mehrere Stunden in Anspruch nahm und unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Verur-teilung des Angeklagten zu 4 Monaten Gefängnis. Geschwerend fiel ins Gewicht, daß Klenke die Tat bei Aus-übung seines Amtes begangen hat.

Aus Nah und Fern.

Beim Militär zum Wahnsinn getrieben. Über den Ver-lauf einer Militärrentensache ist die „Hartung'sche Ztg.“ in der Lage, folgende attemmäßige Darstellung zu geben: Am 1. November 1907 trat der Befehlshaber Albert Gassen-zow aus Jessen in das Infanterieregiment Nr. 43 ein. Im Mai 1908 erhielt sein Vater von der Intendantur I A. — R. eine Zulassung, der zufolge er seinen Sohn Albert aus der Irrenanstalt Allenberg abholen sollte. Da dieser Aufforde-rung keine Folge gegeben wurde, brachte ein Lazarettge-hilfe den Albert G. am 12. Juni 1908 in die elterliche Woh-nung. Nun stellte es sich heraus, daß Albert infolge „unvor-schriftsmäßiger Behandlung“ beim Truppenteil geistesran-ge worden war, weshalb sein Vater eine Rente für ihn ver-langte. Nachdem die Sache gründlich untersucht und der be-treffende Vorgelegte kriegsgerichtlich abgeurteilt worden war, bewilligte das Kriegsministerium die volle Rente von 45 Mk. pro Monat. Im Jahre 1910 verlangte die Militärbehörde von dem Amtsvorsteher Weber Bericht über den Gesundheits-zustand des Albert G. Am 8. Mai 1910 berichtete der Amtsvorsteher, daß Albert beständig arbeitete, völlig normal sei und zwei Mark täglich verdienen könne. Infolgedessen setzte das Generalkommando die Rente vom 1. August 1910 ab auf 22,50 Mk. monatlich herab. Da die Beschwerden auch von dem Kriegsministerium zurückgewiesen wurden, ent-schloß sich der inzwischen ernannte Pfleger, die gerichtliche Klage gegen den Militärarzt anzufragen, und bat zu die-sem Zweck den Amtsvorsteher Weber um ein Armenattest. Da dieser aber nichts von sich hören ließ und auch die Be-schwerde bei dem Landrat unbeantwortet blieb (!), wandte sich der Pfleger an den Regierungspräsidenten in Gumbinnen. Infolgedessen ließ auch das Armenattest bei dem Pfleger ein, und das Landgericht in Berlin erteilte auf Antrag das Armenrecht, auch strengte der bestellte Rechtsanwalt die Kla-ge gegen den Militärarzt an. Am 24. Januar v. J. faßte das genannte Landgericht einen Beweisbeschluss. Danach wurde dem zuständigen Kreisarzt aufgegeben, ein schrift-liches Gutachten über den Gesundheitszustand des Albert G. zu den Akten zu geben. Am 7. Februar bejahte der Kreis-arzt den Kranken und gab demnachst sein Gutachten dahin ab, daß derselbe nicht nur vollständig arbeits- und erwerbs-unfähig sei, sondern daß er andauernder Pflege und Wartung bedürfe. Auf Grund dieses Gutachtens und einer ander-weiten Beweiserhebung hat das genannte Landgericht am 5. Juli dieses Jahres den Reichsmilitärarzt zur vollen Rente von 45 Mark monatlich vom 1. August 1910 ab ver-urteilt. — Soweit die attemmäßige Darstellung des Falles. Er ist in mehrfacher Beziehung überaus interessant. Der Sohn wird durch einen Schinder in den Wahnsinn getrieben und der Vater erhält dann die Anforderung, den Sohn einfach zu sich nach Hause zu nehmen. Und erst als eine Rente ver-langt wird, versteht man sich dazu, eine gründliche Unter-suchung anstellen, und den Soldatenhinder abzurufen. Nach einiger Zeit ersucht die Militärbehörde ausgerechnet den Amtsvorsteher, ein Gutachten über den Gesundheitszu-stand des Geisteskranken abzugeben. Der ist dazu nicht nur völlig unfähig, er hat auch den Kranken gar nicht eingehend befragt, denn sonst hätte er unmöglich erklären können, daß der Geistesranke normal sei und ständig arbeite. Aber der Militärbehörde genügt dies Gutachten vollkommen zur — Rentenquerstellung. Und dann mußte wieder ein langjähriger Kampf um die „Vollrente“, die niedrig genug bemessen ist, aufgenommen werden. Eine Reform des Militärrenten-wesens ist dringend notwendig.

Am Vergiftungserscheinungen sind in Linden 35 Per-sonen nach einer unglücklichen anläßlich eines Richtfestes erkrankt.

Die Begehrtheit des Arbeiter und die bescheidenen Kapitalisten. Unser Zittauer Parteiblatt schreibt: Eine Illustration zur „Begehrtheit“ der Finanzaristokraten liefert ein Prospekt der Zigarrenfirma Karl Gust. Gerold in Berlin, der durch Zufall an die Adresse eines Zittauer Par-teigenossen geriet. Die Firma Gerold ist Hoflieferantin. Ungefähr hundert verschiedene Sorten bietet der Katalog den verwöhnten Rauchern, und die Zigarren sind wirklich billig. Doch fangen wir gleich damit an, die billigsten aus dem Prospekt herauszuschälen. Nur dreihundert Mark pro Tausend. Also pro Stück nur 30 Pfg. Ungefähr der Stun-denlohn eines besseren Arbeiters. Aber diese „Stummels“ sind eine Seelentheit auf der Preisliste. Sie stehen allein auf weiter Flur. Man kann den besseren Herrschaften wirk-lich nicht zumuten, solchen „Müll“ zu rauchen. Die Preise steigen horrend an, pro Tausend eintaufend Mark: Stück 1 Mk. Das ist schon eher was wird der Leser denken, wenn er seine Pfeife mit dem durch die herrliche Zolllast ver-teuerten „Kraut“ stopft. Eine Mark pro Stück, das läßt sich hören. Aber auch diese sind nur für den Plebs! Wir sind was Besseres gewöhnt, sagen die Vertreter der Haute finance. Wir rauchen keine solchen Stinkadoren! Zwei Mark, drei Mark, drei Mark fünfzig, das ist erst eine Zi-garre. Aber das sind immer noch Zigarren, die in besseren Kreisen ziemlich „anzüchtig“ sind. Man wird sich auf die Sorte A Nr. 32 kaprizieren. Das ist etwas wo man wirk-lich vornehm damit tun kann. Mit Eleganz kann man sein Etui aus der Tasche ziehen. Vielleicht Zigarre gefällig? Mit Berstand rauchen, denn für eine Zigarre müssen meine Arbeiter mindestens zwei Wochen arbeiten. Sie kostet dem reichen Pardenü die Kleinigkeit von 30000 Mark pro taufend Stück! Das ist keine Ausgeburt der tropischen Sommerhitze, das ist eine zum Himmel schreiende Tatsache. Während der Arbeiter nicht weiß, was er in seine Pfeife stopfen soll, die das einzige Erholungsmittel nach getaner Arbeit für ihn bildet, weil man ihm auch die paar Körnchen Tabak durch unvernünftige Steuer- und Zolllast von der Nase weggeschlagen, raucht der reiche Schlemmer Zigarren, das Stück für 30 Mk. Immer und immer wieder wird ge-faselt von der „Begehrtheit“ der Arbeiter, die darin besteht, daß sie leben wollen, nicht vegetieren, wie es jetzt meistens der Fall ist. Wenn sich die Herren Kapitalisten die allzu vornehmen Akturen abgewöhnen wollten und Dreißig-Mark-Zigarren „entbehren“ könnten, das wäre noch lange kein so großes Opfer, als wenn man vom Arbeiter verlangt, daß er auf seine Pfeife Tabak verzichtet oder aber sie im In-teresse des Reichstüfels doppelt und dreifach bezahlen soll.

Eine Mädchenhändlerin wurde in Krefeld auf Veranlassung des dortigen Bahnhofzeitungsverkäufers verhaftet. Die Mädchenhändlerin, die schon früher in Begleitung von jungen Mädchen auf dem Krefelder Bahnhof sich aufhielt, war diesmal mit zwei jungen Mädchen dem Schnellzuge 245 Uhr entflohen. Der Zeitungshändler knüpfte mit den jungen Mädchen ein Gespräch an und erfuhr, daß die Mädchen bei der Madame, die eine Erholungsreise nach London machte, als Erste bzw. Zweitmädchen engagiert waren. Sie kamen von Hannover und wollten den Abend noch mit dem Wiflinger Zug die Abfahrt antreten. Nach einem kurzen Verhör wurden die jungen Mädchen mit Krefeld verladen und zur Heimat zurückgeschickt.

Liebestragödie in Karlsbad. Donnerstagabend spielte sich in Karlsbad eine erschütternde Liebestragödie ab. Das Berliner Tageblatt meldet hierüber: Am Morgen des Tages war der pensionierte Eisenbahnbeamte Franz Wick aus Krafau mit seiner Frau Lotti und seiner Tochter Alexandrine in Karlsbad angekommen. Der ebenfalls aus Krafau stammende, etwa 30jährige Postbeamte Wilhelm Kuchel scheint der Familie nachgefahren zu sein. Er ging mit Frau Lotti Wick, mit der er zweifellos in engen Beziehungen stand, aus und brachte sie um 8 Uhr nach Hause. Im Hausflur angelangt, zog er plötzlich einen Revolver und schloß die Frau nieder. Sie brach sofort tot zusammen. Dann eilte er auf die Straße und tötete sich vor dem Hause mit einem Schuß in die Schläfe.

Aus dem Zuge gestürzt. In der Nähe von Hochfelden (Elsäß) stürzte aus einem fahrenden Eisenbahnzug eine ganze Familie. Die Frau des Vaters hatte sich während der Fahrt geöffnet und ein Kind der Familie geriet in Gefahr, hinauszufallen. Als die Mutter ihr Kind zurückziehen wollte, fiel sie ebenfalls hinaus und rief im Falle ihren Mann mit, der sie ergreifen wollte. Die Bedauernswerten wurden mit schweren Verletzungen auf dem Gleise gefunden.

Große Überschwemmungen haben die Westküste Japans heimgesucht und viele Opfer gefordert. Mehrere Bahnverbindungen sind unterbrochen. In vielen Stellen ist die Reisenernte völlig vernichtet. In der Stadt Ogawa sollen bei einer Überschwemmung 400 Badegäste ihren Tod in den Wellen gefunden haben.

Seemannsloos. Der im Jaffoed (Irland) beheimatete Fischkutter „Silden“ ist untergegangen. Die Besatzung, 11 Mann stark, ist ertrunken.

Der Sommer der Plutokratie. Mit dem Juli hat in Neuyork und der atlantischen Küste der Vereinigten Staaten überhaupt der gefährlichste subtropische Sommer eingesetzt, und die Zeitungen bringen tagtäglich wieder lange Listen tödlicher Hitzschlagfälle, deren Opfer meist Proletarier sind, die in der Backofenhitze der Großstadt und in den schlecht oder garnicht ventilierten Werkstätten und Schweißbuden aushalten müssen. Neben dem proletarischen „Sommer“ unseres Mißworgnens gibt es in Amerika aber auch einen Sommer des plutokratischen Behagens, dessen Schauplätze meist meitast vom mörderischen Arbeitsleben der Weltstadt liegen. Die abgerackerten Millionäre des Landes unterhalten ihre besonderen „Country-Clubs“ (Land-Klubs), die ihrerseits in den verschiedensten Teilen der Union paradiesische, dem profanen Wanderer verschlossene Villenorte, deren Zentrum die Klubgebäude bilden, aus der Erde gestampft haben. Der „vornehme“ dieser Millionärs-Klubs ist der im schönsten Teile des Appalachengebirges hausende „Tugedo“, dessen Bauherrn sich inmitten eines wunderbaren Parkes befinden. Nur Mitglieder des „Tugedo“ oder Leute, die eine persönliche Eintrittskarte von einem der Herren, werden zu dem Park zugelassen, der übrigens in dem weiteren Vorortgebiet von Neuyork liegt. Der eine Flügel des imposanten Klubhauses ist für die Aufnahme unbewohnter Mitglieder eingerichtet, und es gibt da eine große Wäscherei und eine Eisfabrik, selbstverständlich auch ein „Kammlag“, „Gymnasium“ (eine Art

Lernhalle), „Lobby“, „Tischbühnen“, „Salobahn“ usw., den männlichen gelegenen, fließenden See in dem Riesepark nicht zu vergessen. Beiläufig bemerkt, kennt „Tugedo-Park“ auch eine Winterstation, mit Eis-Jachtfahrten, Coasting (Rodeln), Schlittschuhlaufen und Skilaufen als alltäglichen Formen der „Erholung“. Ein wenn nicht „vornehmer“, so doch kostspieligerer „Country-Club“ ist der Pittsburger, zu dessen Mitgliedern außer dem Staatssekretär Knox (bei uns würde man von dem Minister des Äußeren reden) die Kräfte der Schwerindustrie gehören, die Carnegie, Schwab, Frick, Westinghouse, Corey usw. Die Aufnahmegebühr ist „mächtig“: 150 Doll. — der einmalige (lebenslängliche) Beitrag dito: tausend Doll., und niemals wird mehr als 700 Leuten erlaubt, den Klub zu konstituieren, jedoch nur bei Wafanen erfolgte von Todesfällen oder mehr oder weniger freiwilliger Resignation für die außenstehenden Millionäre eine Chance entsteht, sich die Klubmitgliedschaft und damit die familiäre Ebenbürtigkeit in der Plutokratie-Republik zu erkaufen. Ein südliches Gegenstück zu diesem pennsylvanischen Millionärs-Klub ist der auf einer Märcheninsel an Georgias Küste angelegte „Jehol Island-Klub“, zu dessen Herden Morgan und Rockefeller gehören. Überhaupt befinden sich unter den nicht mehr als hundert Mitgliedern dieses Klubs fast sämtliche Multimillionäre Neuyorks und Chicagos. Es steht nicht gerade in den Statuten, daß nur „Multi“ als Mitglieder akzeptiert werden, da aber zur Aufnahme die Erwerbung eines bestimmten Besitzanteils an dem Klubigentum erforderlich ist, ist Nichtmillionären der Beitritt einigermassen erschwert. Zum Schluß sei noch des „Richmond Country-Klubs“ gedacht, der auf Staten Island, der zum Stadtgebiet Neuyorks gehörigen waldigen Insel, sein Heim aufgeschlagen hat. Der Neuyorker Prolet, der in diesen Wochen die Insel durchstreift, kann sich plötzlich auf dem diverse tausend Meilen weit entfernten Landbesitz irgend eines englischen Lords verlegt fühlen, wenn da auf einmal ein Rudel bellender Hunde an ihm vorbeijagt, hinter denen in ihren eng anliegenden knallroten Fräcken die Heren und in langen Reitkleidern die Damen dahergelritten kommen — eine Fußjagd der Neuyorker Plutokratie, die in jenen unheimlichen, in Schweiß befiedelten Wolkenträgern nach Gold jagt.

Kleine Chronik. Donnerstag nachmittag sind drei Schulknaben bei Brandenburg in einem Nebenarm der Havel ertrunken. Die Leichen sind geborgen worden. Zwei der Verunglückten waren Brüder. — Auf der Strecke Neu-Stettin—Stolp lief der dreijährige Sohn der Bahnwärtersfrau Kante beim Spielen auf das Geleise, als ein Zug herannah. Die entsetzte Mutter eilte herbei, um das Kind zu erfassen, die Maschine ergriff aber die unglückliche Frau und ihr Kind und beide fanden unter den Rädern ihren Tod. — Aus Whilippstal wird gemeldet: Auf der Kaligewerkschaft Alexandershall wurde durch nachstürzende Kalialtschichten eine Anzahl Arbeiter verschüttet; dabei wurde der Arbeiter Fischer, ein Familienvater, getötet, die anderen konnten gerettet werden. — Gestern früh wollte ein Automobil bei Niederau einem anderen Gefährt ausweichen, schlug dabei um und wurde vollständig zertrümmert. Ein Junge, der Antreibermeister Schmidt, wurde getötet, der andere leicht verletzt. — Beim Baden im Rhein im letzten Abend der Kanalkleitermann ertrunken. — Donnerstag nachmittag ist die Gegend von Emmerich durch ein Unwetter schwer heimgesucht worden. An der Grenze gegen Vadderich in Holland erschlug der Blitz einen Postenführer der holländischen Grenzwehr; ein neben ihm stehender Wärter wurde durch einen Blitz gelähmt. In Beez in Belgien ist der Blitz in ein großes Bauernhaus eingeschlagen, das vollkommen eingeäschert wurde. Auf dem Felde sind zwei Frauen vom Blitz erschlagen worden. — Der deutsche Kreuzdampfer „Uranus“ in der Sijon (Broo. Ostedo) mit dem kleinen spanischen Dampfer „Bernan Cortes“ zusammen gestoßen. „Bernan Cortes“ wurde

entzweit geschnitten und ist gesunken. Der ebenfalls da schädigte „Uranus“ wurde von einem Schlepddampfer in den Hafen bugliert. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Genossenschaftsbewegung. Was alles gesetzlich erlaubt ist. Der Satz: „Nies ist erlaubt, was nicht verboten ist“, kann oftmals recht unangenehme Folgen für die Konsumenten haben. Ein Vorkommnis in Thüringen mag die Richtigkeit des Gesagten illustrieren. Das Nahrungsmittelgesetz verbietet leblich jede Verfälschung von Nahrungsmitteln, läßt aber damit klaffen, durch die so mancher Hersteller und Händler von Nahrungsmitteln schlüpfen kann, sofern sie mit dem nötigen weiten Gewissen ausgestattet sind. Vor der Strafkammer des Landgerichts Erfurt fand eine Berufungsverhandlung gegen einen Molkererbesitzer statt. Vom Betriebe dieses Molkererbesitzers berichtete in der Verhandlung der revidierende Beamte folgendes: „In dem Käseraume setzen Hund und Katze herumgelaufen. Auf dem Fußboden standen Gefäße mit Käse herum, und die Tiere hätten dazu leicht Zugang gehabt. Über den Gefäßen hing Wäsche zum Trocknen, die er für Kinderwäsche gehalten habe. In dem Ausgusse, der sich im Käseraume befand, stand ein zum Überlaufen volles Nachgeschir. Außerdem stand im Raum ein Schaupferd, und auf einem Tische neben einem Haufen noch zu verarbeitenden Käsequarts habe ein Puppenbalg gelegen. Als der Beamte den Besitzer darauf aufmerksam gemacht habe, die Käfer sei doch für Kinderspiele nicht der geeignete Ort, habe er erwidert, man kann doch den Kindern das Spielen nicht verbieten.“

Der als Sachverständige vernommene Medizinalrat Dr. Oswald (Arnstadt) bezeichnete den Betrieb ebenfalls als sehr unordentlich. Er war auch der Meinung, daß durch die Zustände in dem Betriebe die dort hergestellten Waren eine gesundheitschädliche Wirkung haben könnten. Obwohl dann auch noch Gerichtsvorsizender und Verteidiger es ablehnten, von dem im Betriebe des Angeklagten hergestellten Käse zu essen, weil der Käse zu unappetitlich sei, sprach die Strafkammer den Angeklagten frei. Der Verteidiger hatte ausgeführt, daß es auf dem Lande bei der Käsebereitung in den meisten Fällen noch weit unsauberer zugehe als im Betriebe des Angeklagten. Das Gericht folgte den Ausführungen des Verteidigers, wonach eine Verurteilung nach dem Nahrungsmittelgesetze nur dann erfolgen könne, wenn dem Angeklagten nachzuweisen sei, daß er eine Verfälschung von Nahrungsmitteln begangen habe, die gesundheitschädlich sei. Die Zustände im Betriebe stellen höchstens die Möglichkeit einer Gesundheitschädigung dar, und diese Möglichkeit genüge nicht zu einer Verurteilung.

Wir haben es hier mit einer Angelegenheit zu tun, wo die Gesetze versagen. Hier können also allein Kontrolle des Publikums und noch besser die Selbsthilfe der Konsumenten helfen. Das Publikum muß sich selber vor Schaden schützen. Es hat in seinen genossenschaftlichen Organisationen, die erfreulicherweise immer mehr dazu übergehen, die Eigenproduktion von Nahrungsmitteln in den Bereich ihrer Tätigkeit einzubeziehen, die Möglichkeit, Einfluß auf die Herstellung der Waren zu gewinnen. Will sich demnach das konsumierende Publikum vor Schäden bewahren, die durch eine ekelerregende Behandlung der Nahrungsmittel hervorgerufen werden, so bleibt ihm als einziges Mittel nur die Stärkung der Konsumgenossenschaftlichen Organisationen übrig.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: L. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionsitzungen

Gewerkschaftsfest-Komitee
Sonntag morgen 10 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Die glückliche Geburt eines Knaben zeigen an W. Oldenburg und Frau geb. Christoffers.
Lübeck, den 25. Juli 1912.

Am Donnerstag nachmitt. 2 entziffert samt nach kurzer oder längerer Krankheit mein lieber unversehrter Mann u. meiner Kinder kreuzigender Vater, der Bierbrenner (2225)

Otto Westphal
im vollendeten 43. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Montag nachmittags 3 Uhr von der Kapelle Bornum aus statt.

Magdalena Westphal geb. Stadt.
Die Beerdigung findet am Montag nachmittags 3 Uhr von der Kapelle Bornum aus statt.

Malergehilfen
heißt noch ein (2257)

Chr. Carstens, Dannebergstr. 80, nt.
Zum 1. Oktober eine 2-Zimmer-Wohnung zu vermieten. Preis 135 Mk. (2258)

Am Sonntag zum 1. Oktober ein Heines Haus.
223 Mährers Wapen Söhlerg 4.
Zu verm. zum 1. Okt. 2-Zimmer-Wohnung (1. Etg.) (2256)

Zu vermieten alle 2. Okt. 2-Zimmer-Wohnung u. ein. Küche zu verm. (2255)

Sohnen einer zum 1. Oktober 2 H. Wohnungen zu verm. (2244) Gerabe Querstr. 2.
Zu verm. Bornumstr. 2. verm. (2259)

Krümml-Lachs
täglich frisch. (2195)
Paket 20 Pig.
Verkauf nachm. von 5-7 Uhr.
Fischstrasse 31.
Ad. Hübner, Uhrm. u. Goldschmied.
werkst. (102) Fünfhausen 13.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
100) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gehe rote Luhsca - Rabattmarken.
10.50 Mk. 12.50 Mk.

oder 1 Prozent bar.
Rote Rabattmarken
15.50 Mk. 18.00 Mk.
Alleinverkauf
F. Baurenfeind, str. 31.
Von Garten-Friedhof zu vermieten.
(2227) Schulwegstr. 19, I.

Zur Wintereinnahme
empfehle ich
zu billigsten Sommerpreisen
alle Sorten
Brennmaterialien
in anerkannt nur
erstklassigen Qualitäten.
2243 Lieferung erfolgt frei Haus.
Christian Gäde
Kontor: Nur Fischergrube 4. Fernsprecher 242.
Lager bei der Drehbrücke.

Trinkt
Buntekuh-Kümmel
1703) Dampfkorn- Brennerei Buntekuh.

Eine guterhaltene, weißlackierte Sportkarre zu verkaufen.
2225) Standortstraße 44. part.

Visitkarten
— ff. Effenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefern
Die Buchdruckerei des
Lübecker Volksboten :
Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des Lübecker Volksboten

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinderkauf u. Auschank
93) empfiehlt
J. Höppner, Beckerg. 66.
2259)

Bilder
werden eingerahmt. Huxstraße 79.
Buchbinderei H. Klempau.
Lager v. Leisten in allen Preislagen.
Herzlicher Sonntagsdienst
am 28. Juli von 1 Uhr ab. (2229)
Dr. med. Leonhard, Roestler, 17 b.
Dr. med. Stoffer, Kronst. Allee 6a, I.
Dr. med. Dinkgraeve, Moisl. Allee 22
Ein neues Vertiko billig zu verkaufen. (2242) Johannisstr. 58, I.

F. Riecherts
große Zirkus-Arena
trifft am Mittwoch, dem 31. Juli auf dem Burgfeld ein und gibt dortselbst wieder eine Reihe von brillanten Vorstellungen, nur erstklassige Spezialitäten und die neuen urförmlichen Boffen und Burlesken. Näheres siehe Zettel und Säulen. Es ladet wieder ergebenst ein und bittet um zahlreichen Besuch (2248)

Gewerkschaftshaus
Lübeck, Johannisstraße 50-52
ff. gepflegte Biere.
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.
ff. Mittagstisch ff. von 12—2 Uhr, 102) 65 Pfg.

Moorgarten
Sonntag, den 28. Juli:
Tanzvergnügen.
— Anfang 5 Uhr. —
Hierzu ladet freudlichst ein (2245) F. Wehrend.

Joh. Süfkes Gasthof
Rensefeld.
Sonntag, den 28. Juli 1912:
Grosse Tanzmusik.
Hierzu ladet ergebenst ein (2251) J. Süfke.

Großes Tanzvergnügen
am Sonntag, dem 28. Juli.
Hierzu laden freundlichst ein (2222)
Die jungen Leute der Dorfschaft
Gerrnburg und D. Schliecker.
Damen-Sohlen . . . 1.40 Mk.
" Abfüge . . . 0.50 "
Herren-Sohlen . . . 2.25 "
" Abfüge . . . 0.75 "
Kinder-Sohlen u. Abf. v. 1 Mk. an
Johannes Voss
Huxstraße 90.